Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1925

16.12.1925 (No. 346)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.60 Mk. frei ins Haus, 2.50 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Beilagen: Kunst und Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Illustrierte Tiefdruckbeilage „Sterne und Blumen". Geschäftsstelle, Redaktion und Verlag: Adlerstr. 42. Fernsprecher: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto: Amt Karlsruhe Nr. 4844

Anzeigenpreis: Die 9 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., für Familien- und Gelegenheits-Anzeigen 6 Pfg. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsw. Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr

Nummer 346 — **Karlsruhe, Mittwoch, den 16. Dezember 1925** — **63. Jahrgang**

In Kürze

Die ersten Arbeiten zur Weltwirtschaftskonferenz wurden eingeleitet.

•

Anläßlich der Ernennung der neuen Kardinäle hielt der Papst eine Ansprache.

•

Ueber die bolschewistische Allianz mit dem revolutionären China werden Einzelheiten bekannt.

•

Dr. Wirth trat mit dem Ausschuß der rheinischen Zentrumspartei in eine Aussprache ein.

Der Inhalt des Koch-Programms

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Die Richtlinien, die der Abgeordnete Koch den Parteiführern gestern vorgelegt hat, sollen im Wortlaut erst veröffentlicht werden, wenn ihre endgültige Formulierung feststeht.

Außenpolitisch zielen sie darauf hin, eine Lebendigmachung des Locarnogeistes zu erreichen. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Besatzung möglichst bald beseitigt wird, und es wird weiter betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig ist und daß ferner eine Wirtschaftskonferenz geeignet sei, in dieser Richtung förderlich zu wirken.

Der innerpolitische Teil der Richtlinien hebt hervor, daß der Zolltarif ein Instrument sei, durch das der deutsche Handel in der Welt ausgedehnt werden soll. Die Siedelungsfragen sollen mehr als bisher gefördert werden, namentlich, um den Inlandsmarkt zu stärken. Die Richtlinien verweisen dann auf die Notwendigkeit, die Wirtschaft zu rationalisieren. Zu diesem Zweck wird ein enges Zusammenarbeiten zwischen Wirtschaft, Reichsregierung und Regierungen der Länder gefordert. Zur Prüfung der Reichsgesetze wird die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses verlangt. Auf sozialpolitischem Gebiet werden ebenfalls eine Reihe von Forderungen gestellt, für welche die Besprechungen mit dem Arbeitsminister die Grundlage gegeben haben. Im Arbeitsministerium liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der alle Arbeitszeitfragen zusammenfaßt, dazu auch die des Schutzes der Kinder-, Frauen- und Sonntagsarbeit.

Die Ratifikation des Washingtoner Abkommens soll gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen, damit eine gewisse Gegenseitigkeit unter den hauptsächlichsten Industrieländern gewährleistet sei.

Die Zentrumsfraktion

nahm in ihrer heutigen Sitzung den Bericht des Zentrumsführers Marx über die bisherigen Besprechungen entgegen, ohne Beschlüsse zu fassen. In der kurzen Debatte, die sich an das Referat des Reichskanzlers anschloß, trat der Gesichtspunkt hervor, daß nicht so sehr auf ein umfangreiches Programm Wert zu legen sei, als vielmehr darauf, daß die künftige Regierung eine Zusammensetzung erfährt, daß ein gegenseitiges Vertrauen vorhanden sei, das allein fruchtbare, gemeinsame Arbeit in der Regierung gewährleisten könne. Weiter wurde betont, daß das Zentrum bei dieser Regierungsbildung mehr als bisher auch seine berechtigten

Paritätsforderungen

im gegebenen Augenblick anmelden und durchsetzen müsse.

Man rechnet in parlamentarischen Kreisen kaum noch damit, daß das Kabinett noch vor den Weihnachtsferien des Reichstags, die bekanntlich am Donnerstag beginnen, zustande kommen wird.

*

Mit besonderer Aufmerksamkeit wird in den politischen Kreisen Badens die Regierungsbildung im Reiche verfolgt. Bei der Regierungsbildung in Baden konnte leider das Ziel des Zentrums, die Große Koalition, nicht verwirklicht werden. Sie wird aber nach wie vor von dem Zentrum angestrebt. Die Große Koalition in Baden sollte ein Vorbild für das Reich schaffen. Der Wunsch des badischen Zentrums geht nun dahin, daß das Reich ein Vorbild für Baden schafft.

„Freie Bahn dem Tüchtigen"!

Wer macht Deutschlands Außenpolitik?

Bei der Neubildung der badischen Regierung haben volksparteiliche Blätter den Ausdruck geprägt: Schwarz-rote G. m. b. H. zur Verteilung und Besetzung von Regierungsämtern. In ähnlich lieblichen Tönen hat man in den Organen der äußersten Rechten von „Futterkrippenwirtschaft" und „Zentrumsherrschsucht" gesprochen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß man mit solchen Vorwürfen sowohl dem Zentrum, wie der Sozialdemokratie gegenüber sehr vorsichtig sein sollte. Wir erinnern nur an die letzte Amtshandlung des inzwischen auch in anderer Hinsicht „berühmt" gewordenen Reichsinnenminister Schiele, an die Beförderung seines Parteifreundes Keudel, der in 10 Monaten das ganz unerhörte Avancement vom Regierungsrat zum Ministerialrat machte. Es wäre interessant, überhaupt einmal statistisch zu erfassen, wie die Deutschnationalen die Zeit, während der sie in der Regierung saßen, hinsichtlich ihrer Personalpolitik in den Reichsämtern genützt haben. Wir haben Grund zur Annahme, daß übelste Futterkrippenwirtschaft hierbei an den Tag käme. Wie lange hat man mit diesem Schlagwort von Seiten der Rechten Agitation gegen die alte Weimarer Koalition getrieben? Wie sehr mit Unrecht, das zeigt ein Artikel im Samstagabendblatt der „Frankfurter Zeitung" Nr. 926, der übrigens nur sagt, und was man schon lange wußte, daß nämlich in einer Reihe Berliner Aemter, vornehmlich im Auswärtigen Amt, trotz Republik und Demokratie und trotz der republikanischen-demokratischen Parole: Freie Bahn dem Tüchtigen, noch die alten Zustände und damit natürlich auch vielfach der alte Geist herrscht.

Viele Vorgänge in der Politik werden erst klar, wenn man diese Dinge kennt.

Das Auswärtige Amt war immer einer gewissen dünnen Oberschicht reserviert. Das Hauptkontingent seiner Beamtenschaft stellten einige feudale Korps in Bonn und sonst wo. Und das ist so geblieben bis auf den heutigen Tag. Revolution und Republik haben daran garnichts geändert. In dem erwähnten Artikel schreibt die „Frankfurter Zeitung" u. a.:

„Wir haben heute im Auswärtigen Amt in Personalfragen fast noch den Zustand wie vor dem Kriege. Wie einseitig die Auslese bei Besetzung höherer Stellen wieder geworden ist, läßt sich leicht aufzeigen. Man gehe einmal die begehrten Posten im Amt durch und suche jemanden, der nicht Korpsstudent war; er wäre ein weißer Rabe.

Wenn sich die Altherrenverbände der Borussia Bonn und der Saxoborussia-Heidelberg zusammensetzen, ist auch die Führung der deutschen Politik beisammen.

Einzelne Ausnahmen bestätigen die Regel. Solche finden sich in den weniger geschätzten Abteilungen des Amtes oder in immer mehr verschwindenden Ueberbleibseln aus der Zeit bald nach dem Krieg. Gewiß, es ist zuzugeben, daß die feudalen Korps vielfach ihre besten Köpfe im Auswärtigen Amt haben. Es sind aber auch vollkommene Nullen dabei, die aus Korpsgeist mitgeschleppt werden. Beispiele zu nennen, wäre leicht.

Der Beamtenabbau hat hierin nicht den geringsten Wandel geschaffen. Er bewegte sich in der Linie des geringsten Widerstandes, d. h. er suchte seine Opfer unter Angestellten und Stenotypistinnen. War einmal ein notorisch unfähiger Beamter zum Abbau bestimmt, so retteten ihn doch in der Regel seine Konnexionen. Der Erfolg des Abbaus war danach nur eine Mehrbelastung der wirklich arbeitenden Leute im Amt, und die Arbeitslast des Auswärtigen Amtes ist ja gegen die Vorkriegszeit durch die politischen Verhältnisse um ein Vielfaches gewachsen.

Bei frei gewordenen Posten entscheidet meistens, fährt die „Frankfurter Zeitung" weiter, wer die besten Fürsprecher und am meisten Zeit zur Betreibung seiner Sache hat und die Auslese des Geeignetsten tritt zurück. Die Berufenen, dieser Gefahr vorzubeugen, sind die Volksvertreter, insbesondere die Mitglieder des auswärtigen Ausschusses und sie sollten sich nicht durch Redensarten von dieser überaus wichtigen Frage abbringen lassen, sondern ihr ihre vollste Aufmerksamkeit schenken, ehe es zu spät ist.

Die „Frankfurter Zeitung" schließt: Die Außenminister kommen und gehen. Sie haben weder Zeit noch Gelegenheit, sich um Personalfragen zu bekümmern. Aber der „weiße Ring" der Korps bleibt.

Es sind im wesentlichen außerpolitische Gründe, die die „Frankfurter Zeitung" zu ihren Darlegungen veranlassen. Für uns Katholiken kommt noch etwas anderes hinzu:

Katholische Studenten können bekanntlich einem Korps nicht angehören, da die Korps zu den schlagenden Studentenverbindungen gehören und erst neulich wieder eine kuriale Entscheidung den katholischen Studenten jede Mensur untersagt hat. Die Folge davon ist, daß natürlich das Auswärtige Amt in seltenem Maße katholiken-rein ist, oder doch zum mindesten darin keine praktizierenden Katholiken zu finden sind — und das alles, obwohl das Zentrum seit der Revolution ununterbrochen in der Regierung sitzt. Wo hat es dagefehlt?

Gewisse Kreise — im badischen Landtag haben wir erst in den letzten Tagen ein diesbezügliches Beispiel erlebt — haben nun noch die Frechheit zu sagen, es fehle den Katholiken am Nachwuchs. Ja, wenn man natürlich die Katholiken systematisch vom Zugang zu gewissen Aemtern ausschließt, dann muß der Nachwuchs fehlen. Und dann kann man auch bei Besetzung von Posten des höheren diplomatischen Dienstes, von Gesandten- und Botschafterposten den Katholiken, ohne die Unwahrheit zu sagen, entgegenhalten: Es fehle euch am Nachwuchs. Nur wird man dabei „vergessen" zu sagen, wir haben dafür gesorgt, daß kein Nachwuchs da ist.

Man verzeichnet mit lebhafter Genugtuung in badischen Zentrumskreisen, daß die Reichstagsfraktion diesmal unbedingt an der Großen Koalition festhält und daß unsere Unterhändler diesmal auch gegenüber der Deutschen Volkspartei unbedingt festbleiben. Man möchte gerade von hier, aus großen vaterländischen Gesichtspunkten heraus, der Reichstagsfraktion des Zentrums zurufen: Bleibt hart und fest!

Der belgische Kreisdelegierte verläßt Cleve

Cleve, 16. Dez. Funkspruch. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist heute morgen die offizielle Uebergabe der Büros des belgischen Kreisdelegierten im Landratsamt erfolgt. Auch die bisher von dem Kreisdelegierten innegehabte Wohnung des Bürgermeisters von Cleve und die Wohnung des Adjutanten wurden offiziell übergeben. Der belgische Kreisdelegierte wird Cleve am Freitag dieser Woche verlassen.

Die kommende Weltwirtschaftskonferenz

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Wie die Morgenblätter aus Genf melden, beschloß der Völkerbundsrat in einer geheimen Sitzung, einen vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz einzusetzen, der jedoch nicht, wie die Franzosen es vorgeschlagen hatten, aus Vertretern von Regierungen und bestimmten Organisationen, sondern entsprechend der englischen Auffassung aus Persönlichkeiten als Sachverständigen bestehen wird, die infolge ihrer Erfahrungen für die Arbeiten zur Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz am besten geeignet sind.

Die Ministerpension in Baden

Es besteht in der Oeffentlichkeit viel Unklarheit über die Ruhegehaltsverhältnisse der badischen Minister, wenn sie aus der Regierung ausscheiden. Es seien darum nachstehend die für diese Frage maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen im Wortlaut mitgeteilt. § 54 der badischen Verfassung sagt grundlegend folgendes:

1. Das Amt eines Ministers ist unvereinbar mit einer anderen festbesoldeten Stelle oder der Ausübung eines besonderen Berufes oder Gewerbes. Die Minister erhalten den im Staatsvoranschlag bestimmten Gehalt. Sie haben weder Anspruch auf Ruhegehalt noch auf Hinterbliebenenversorgung, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes durch Gesetz bestimmt ist. Soweit sie vor ihrer Berufung zum Minister in ihrer Stellung einen solchen Anspruch gegen den Staat hatten, bleibt ihnen dieser gewahrt, und es wird ihre Amtszeit im Staatsministerium in dieser Beziehung ihrer früheren Dienstzeit hinzugerechnet.

Auf die Staatsräte finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Sie erhalten für ihre Tätigkeit die Tagegelder eines Abgeordneten und Ersatz der Reisekosten.

Ergänzt wird dieser § 54 der badischen Verfassung noch durch den § 9 des Gesetzes über die Einrichtung der Ministerien und die Gehaltsbezüge der Minister (11. April 1919), der folgendes festlegt:

„Der in dem Staatsvoranschlag aufzunehmende Gehalt der Minister besteht aus dem in der Besoldungsordnung vorgesehenen Grundgehalt, dem Ortszuschlag und gegebenenfalls den Kinderzuschlägen und dem Teuerungszuschlag.

2. Minister, die von ihrem Amt zurücktreten oder vom Landtag abberufen werden, beziehen den Ministergehalt bis zum Ablauf des Kalendervierteljahrs, in dem sie aus dem Amt ausscheiden, und, soweit sie vor ihrer Berufung zum Minister nicht als badische Staatsbeamte planmäßig angestellt waren, von da ab noch sechs Monate weiter. Stirbt ein ausgeschiedener Minister während dieses Zeitraumes unter Hinterlassung einer Ehefrau oder versorgungsberechtigter Kinder, so beziehen diese den Ministergehalt für die gleiche Zeit weiter. Das gleiche gilt, wenn ein Minister im Amt stirbt.

3. Diejenigen Minister, welche zur Zeit ihrer Berufung zum Minister als badische Staatsbeamte planmäßig angestellt waren, treten nach Ablauf des Kalendervierteljahrs, in dem sie aus dem Amt ausscheiden, in den Genuß der Bezüge an Grundgehalt, Ortszuschlag, gegebenenfalls Kinderzuschlägen und Teuerungszuschlag, die ihnen zustehen würden, wenn sie auch während ihrer Dienstzeit als Minister in ihrer früheren planmäßigen Stelle verblieben wären, wobei etwaige Beförderungsmöglichkeiten während dieser Zeit ebenfalls zu berücksichtigen sind. Sofern sich bis zum Ablauf von zwei Jahren nicht die Möglichkeit bietet, ihnen die zur Zeit der Berufung zum Minister innegehabte planmäßige Stelle oder unter Berücksichtigung der ihrer Dienstzeit als Minister entsprechenden Gehaltsvorrückungen und Beförderungsmöglichkeiten mit ihrer Zustimmung eine andere planmäßige Stelle der gleichen oder einer höheren Besoldungsgruppe zu übertragen, werden sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

4. Während der Zeit, in der nach Abs. 2 Satz 1 der Ministergehalt noch weiter bezogen wird, ruht der Anspruch auf Gehalt aus einer anderen Verwendung im badischen Staatsdienst.

5. Auf nicht planmäßig angestellte Beamte finden im Fall ihrer Berufung zum Minister die Vorschriften in Absatz 2, 3 und 4 entsprechende Anwendung.

6. War ein Minister zur Zeit seiner Berufung als Minister zuruhegesetzt, so lebt sein Anspruch auf den früher bezogenen Ruhegehalt, gegebenenfalls unter Hinzurechnung der Dienstzeit als Minister, wieder auf und zwar mit Wirkung vom Ablauf der in Absatz 2 Satz 1 für den Weiterbezug des Ministergehalts bestimmten Zeit."

Von den drei jetzt im Amte befindlichen badischen Ministern war lediglich Herr Finanzminister Dr. Köhler vor seiner Wahl zum Minister etatmäßiger Staatsbeamter. Die Verhältnisse betr. des früheren Herrn Staatspräsidenten und Kultusministers Dr. Hellpach haben wir bereits dargelegt. Wie die Dinge heute liegen, würden sowohl der jetzige Staatspräsident Trunk, wie der Innen- und Kultusminister Remmele, wenn sie aus ihrem Amte heute ausscheiden, für Pensionen nicht in Betracht kommen, da sie keine etatmäßigen Staatsbeamten vor der Uebernahme ihrer Ministerien waren. Man sieht, die badische Verfassung ist, was die Ministerpensionen anbelangt, lange nicht so „großzügig" wie die Reichsverfassung.

Nach der Reichsverfassung hat ein Reichsminister Anspruch auf Pension, wenn er entweder 2 Jahre Minister war, oder wenn er zwar kürzere Zeit Minister war, vorher aber im Reichs-, Staats- oder Gemeindedienst gestanden hat, im ganzen (einschließlich seiner Ministertätigkeit) 10 Jahre Beamter war. Herrn Schiele, dem ehemaligen Reichsinnenminister, war es vorbehalten, auch diese Bestimmung der Reichsverfassung zu seinen Gunsten zu interpretieren und nach neunmonatlicher Ministertätigkeit infolge einer rechnerischen Begabung, die selbst einem Adam Riese alle Ehre machen würde, sich eine Ministerpension von weit über 20 000 Mark zu sichern.

Die Ernennung der neuen Kardinäle

Eine Ansprache des Papstes.

Rom, 16. Dez. Funkspruch. Im gestrigen geheimen Konsistorium ernannte der Papst den Pariser Nuntius Ceretti, den Primas von Irland O'Connel, den Nuntius von Brasilien Gasparri und den Sekretär der Ritenkongregation Verde zu Kardinälen. Außerdem bestimmte er die Kardinäle Pompili, Banuteli, Delai zu Kardinallegaten, die in seiner Vertretung am 24. Dezember die Zeremonie der Schließung der Heiligen Pforte vornehmen werden. In einer längeren Ansprache gedachte der Papst des guten Verlaufes des Heiligen Jahres, zu dessen störungsloser Durchführung die italienischen Behörden beigetragen hätten, die sich der großen Verantwortung gegenüber der ganzen Welt bewußt gewesen seien. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache betonte der Papst die Verhältnisse, die man für das Oberhaupt der Kirche geschaffen habe, seien noch weit entfernt von der Stellung, die ihm und seiner universellen Würde zukämen. Solange diese Verhältnisse andauerten, könne und dürfe der Papst die Schwelle des Vatikans nicht überschreiten. Zur italienischen Gesetzgebung führte der Papst aus, wenn man auch alles anerkennen müsse, was darauf hinziele, dem Klassenkampf seine Schärfe zu nehmen so schmerze es doch, zu sehen, daß das neueste Gesetz der katholischen Lehre und Praxis in dieser Frage nicht Rechnung getragen habe.

*

Die evangelische Bischofsfrage vertagt

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Der gestrigen Sitzung der evangelischen Generalsynode lag ein Gesetzentwurf des Verfassungsausschusses vor, der den Generalsuperintendenten die Amtsbezeichnung „Evangelischer Bischof" beilegt. Ein Gegenantrag beauftragt den Kirchensenat, der nächsten Tagung der Generalsynode eine Vorlage über die anderweitige Amtsbezeichnung der geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates, der Generalsuperintendenten und Superintendenten zu machen. Der Antrag wurde mit 131 gegen 73 Stimmen angenommen. Damit ist der gestrige Beschluß in erster Lesung hinfällig geworden und die endgültige Generalsynode, die voraussichtlich im Herbst 1926 stattfinden wird, vertagt.

*

Vertreter des Einzelhandels beim Reichskanzler

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Der Reichskanzler Dr. Luther empfing gestern den Vorstand der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in Gegenwart des Reichsernährungsministers Graf Kanitz und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg. Die Vorstandsmitglieder Grünfeld, Kommerzienrat Hartlmayer und Dr. Tiburtius legten die ungünstige Lage des Einzelhandels dar und baten, sie nicht durch Unterstützung der Konsumvereine usw. zu verschlimmern. Dr. Luther sprach sich dahin aus, daß nur bei völlig freier Konkurrenz eine Aufwärtsentwicklung möglich sei und verwies auf die bevorstehende allgemeine Wirtschaftsenquete. Die Vertreter der Hauptgemeinschaft versprachen ihre Mitwirkung bei der Arbeit dieser Enquete.

*

Die Kommunisten für Karnevalsveranstaltungen

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Der preußische Landtag nahm gegen die Stimmen der Kommunisten eine Entschließung an, daß mit Rücksicht auf die ständig wachsende Not ein sofortiges Verbot aller öffentlichen Karnevalsveranstaltungen für diesen Winter zu verfügen sei.

Fortsetzung der Beamtenbesoldungs-Debatte

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Die am Montag abgebrochene Beratung der Anträge auf

Erhöhung der Beamtengehälter

wird fortgesetzt.

Abg. Groß (Str.) betont die Notwendigkeit, aufklärend auf die aufgewühlten Massen der Beamten einzuwirken. Die jetzt übliche Politik, z. B. die öffentlichen Demonstrationen, seien nicht angebracht. Sie tragen nicht dazu bei, das Ansehen des Beamtenstandes zu heben und die rechtliche Grundlage der Beamtenschaft zu festigen und zu sichern (Zustimmung). Er warnt davor, in der Beamtenschaft trügerische Hoffnungen zu erwecken. Der Redner beantragt, gerade die am meisten notleidenden Kriegsbeschädigten besonders zu berücksichtigen. Eine gemeinsame Aktion des Reichstages zur Neuregelung der Beamtengehälter würde den besten Eindruck gemacht haben.

Abg. Steinkopf (Soz.) nennt es wenig sozial, wenn die Deutsche Volkspartei sich besonders der höheren Gruppen annehme.

Abg. Lucke (W. V.) warnt davor, die schwere Notlage der Beamtenschaft parteipolitisch auszubeuten. In der Inflationszeit wurde die Notenpresse in der leichtfertigsten Weise in Bewegung gesetzt. Jetzt müssen wir uns nach der Decke strecken. Das wirksamste Mittel zur Besserung der Lage sei der Preisabbau. (Zurufe links: Fangen Sie doch an.)

Abg. Dauer (Bayer. Volkspartei) appelliert an den Verstand und lehnt eine Beamtenpolitik der leeren Versprechungen und großen Redensarten ab. Eine vernünftige Beamtenpolitik besteht nicht in der Einbringung aller möglichen Anträge, sondern in der Aufbringung der Mittel. Die Reichsbahn treibe ein rücksichtsloses Sparsystem gegen Publikum und ihre Beamten. Die Verteilung der Zulagen an die Reichsbahnbeamten müsse korrumpierend und verheerend auf den Beamtenkörper wirken.

Abg. Dietrich-Franken (Völk.) erklärt, die Beamtenschaft habe kein Verständnis für die Riesengehälter, die die Staatswerke an die Direktoren gezahlt haben. Unverständlich sei auch, wie man den Minister Schiele seinen in friedlicher Etappe geleisteten Heeresdienst als Beamtendienstjahre anrechnen konnte, damit er eine Pension von 20 000 Mark erhält. Die Organisation der Kriegsblinden werde jetzt als Reinigungsanstalt der Deutschnationalen benutzt. (Heiterkeit links.)

Reichskanzler Dr. Luther

erklärt, daß er im Namen der geschäftsführenden Reichsregierung noch einmal aussprechen müsse, daß es ihr unmöglich ist, einen Beschluß durchzuführen, der eine Dauerregelung vorsieht und damit auch die kommende Regierung binden würde. Andererseits hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß für die Beamtenschaft, mindestens in ihren notleidenden unteren Gruppen, etwas Positives im Rahmen unserer beschränkten finanziellen Möglichkeiten geschieht. Die Regierung ist auch damit einverstanden, daß nach dem Antrag der Bayerischen Volkspartei das Frauengeld von 5 auf 10 Mk. erhöht wird. Dieser Antrag bringt eine soziale Regelung, bei der die Mittel dahin fließen, wo sie am meisten gebraucht werden.

Der Antrag des Haushaltsausschusses sieht dagegen eine Dauerregelung vor. Er würde auch einer Neuregelung vorgreifen, die in der Weise geplant ist, daß die Zahl der Besoldungsgruppen vermehrt werden soll. (Unruhe und Zurufe links.) Diese Neuregelung soll gerade für die Beamten der unteren Gruppen gerechte Verhältnisse schaffen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Beihilfen auch den über Gruppe VI hinausgehenden Besoldungsgruppen gewährt werden könnten. Angesichts unserer Finanznot müssen wir uns aber auf die dringendsten Notstandsmaßnahmen beschränken, sodaß nur die Gruppen I—VI in Frage kommen können. Eine Ausdehnung auf weitere Gruppen ist nicht möglich. Jede Regierung muß sich der Interessen der Beamtenschaft annehmen. Sie muß aber auch die großen finanziellen Zusammenhänge im Auge behalten. Die ganze Frage der Besoldungsreform wird in eingehender Zusammenarbeit mit dem Parlament nächstens endgültig entschieden werden. Hier handelt es sich um eine sofortige Notstandsmaßnahme. Den Beamten nützt es nichts, wenn hier theoretisch weitergehende Beschlüsse gefaßt werden, denen dann der Reichsrat nicht zustimmen kann. Wer den Beamten helfen will, der sollte dem Antrag der Bayerischen Volkspartei mit der erhöhten Frauenzulage zustimmen. (Beifall in der Mitte, Zurufe bei den Kommunisten.) Damit ist die Aussprache beendet.

Zu dem Antrag des Haushaltsausschusses liegt ein völkischer Antrag vor, der die Regierung ersucht, unverzüglich eine neue, auf der Grundlage eines ausreichenden Existenzminimums aufgebaute Besoldungsordnung vorzulegen. Der Antrag wird im Hammelsprung mit 209 gegen 138 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Der zweite Teil des Antrags, der eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mk. verlangt, wird abgelehnt.

Vor der Abstimmung erklärt Abg. Steinkopf (Soz.), daß seine Fraktion notgedrungen auch für den Antrag der Bayerischen Volkspartei stimmen müsse, damit den Beamten vor Weihnachten überhaupt etwas gegeben werde.

Der Antrag der Bayrischen Volkspartei wird darauf mit dem erhöhten Frauenzuschlag mit großer Mehrheit angenommen. Danach wird als einmalige Notmaßnahme vor Weihnachten den Beamten, Waisen, Ruhegehaltsempfängern, Beamtenhinterbliebenen und Angestellten der Gruppen 1—4 eine Zuwendung in Höhe von einem Viertel der Dezemberbezüge, den Beamten usw. der Gruppen 5 und 6 eine solche in Höhe von einem Fünftel des Dezemberbezuges gezahlt, mindestens aber den Ledigen 50 Reichsmark, den Empfängern des Frauenzuschlages 40 Reichsmark, den Empfängern von Kinderzuschlägen oder Kinderbeihilfen für jedes Kind mindestens je 5 Reichsmark, den Vollwaisen mindestens insgesamt 10 Reichsmark. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen erhalten ein Viertel der Dezemberbezüge. Angenommen wird eine demokratische Entschließung, auf die deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß sie den Ausgewiesenen die gewährten Darlehen in vollem Betrage niederschlägt.

Gleichfalls zur Annahme gelangt ein Antrag Graf Westarp (Dnatl.), der einen Gesetzentwurf fordert, der die Pensionsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister den jetzigen Verhältnissen entsprechend regelt. Weiter wurde angenommen ein sozialdemokratischer Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift mit einer erschöpfenden namentlichen Uebersicht über die zur Zeit laufenden Pensionen sämtlicher Reichskanzler, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur

Entlastung des Reichsgerichts.

Abg. Lohmann (Dnatl.) berichtet hier über die Ausschußverhandlungen.

Staatssekretär Joel weist darauf hin, daß die Geschäftsüberlastung durch die Unzahl von Revisionen entstanden ist.

Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich darauf auf Mittwoch 2 Uhr mit der Tagesordnung: Lohnsteuersenkung, Ernährungsministerium.

Schluß ½6 Uhr.

Die bolschewistisch-chinesische Allianz

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Die „Vossische Zeitung" bringt eine Meldung einer führenden chinesischen Zeitung in Schanghai über die politische und militärische Allianz zwischen Feng-Yu-Siang und Sowjetrußland.

Darnach soll zwischen Beiden ein Abkommen getroffen worden sein, zur Erbauung von zwei Eisenbahnen in der äußeren Mongolei, ferner über die Organisation einer Sowjet-Regierung in Nordwestchina, bei der 60 russische militärische Unterweiser aus Moskau mithelfen sollen. Sowjet-Rußland verspricht einen finanziellen Zuschuß, wofür es das Recht erhält, weitgehendste Propaganda zu treiben. Die wichtigste dieser Abmachungen besteht nach Ansicht der Zeitung darin, daß im Falle eines Krieges zwischen Sowjet-Rußland und einer anderen Macht ein Drittel der militärischen Kräfte Nordwestchinas die unter der Kontrolle Fengs stehen sollen, Rußland zu Hilfe kommen soll, während falls China von irgendeiner imperialistischen Macht angegriffen werden sollte Rußland zunächst 50 000 Mann zur Unterstützung nach China entsenden wird. In diesen Abmachungen sollen noch bestimmte Klauseln enthalten sein, die sich auf England und insbesondere auf Japan beziehen.

*

Der oberste Richter von Schantung hingerichtet

Paris, 16. Dez. Wie aus Schantung gemeldet wird, ist der Präsident des Gerichtshofes von Schantung wegen Auslieferung von Schriftstücken an den Feind auf Befehl des Militärgouverneurs hingerichtet worden.

*

Die englisch-französische Spionageaffäre

Paris, 16. Dez. Funkspruch. Die Blätter melden, daß ein Bauer bei Avianon unweit eines Schienenstranges zahlreiche, auf dem Boden verstreut liegende Papiere gefunden hat. Man hat festgestellt, daß es sich um einen Teil der Korrespondenz der wegen Spionage festgenommenen Krankenpflegerin Martha Moreuil handelt. Die Dokumente wurden dem Pariser Untersuchungsrichter zugeschickt, der sie zusammenstellte. Es handelt sich um äußerst wertvolles Material. Es befinden sich darunter auch Briefe von englischen Offizieren, Zeichnungen von französischen Luftfahrzeugen, Motoren usw., alles in allem ungefähr 200 Seiten.

Russischer Dank an die deutsche Industrie

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Wie der Asien-Osteuropa-Dienst meldet, hat der Rat für Arbeit und Verteidigung beschlossen, den deutschen Ingenieuren, die bei dem Bau des Kraftwerkes von Schatfrka mitwirkten, sowie der A.E.G. seinen Dank für ihre Unterstützung auszusprechen. Trotzki hat die Absicht, einen persönlichen Dankbrief an die A.E.G. zu richten.

*

Eine englandfreundliche Lösung der Mossulfrage

London, 16. Dez. Funkspruch. Der amtliche englische Funkspruch meldet: Im Auswärtigen Amt ist ein Telegramm von Chamberlain eingetroffen, das die Entscheidung des Völkerbundes im Mossulkonflikt bekanntgibt. Das Vilajet von Mossul wurde in geheimer Ratssitzung dem Irak unter der Bedingung zugesprochen, daß das englische Irakmandat auf 25 Jahre verlängert wird. Chamberlain wünscht in seinem Telegramm die Zustimmung des gesamten Kabinetts zu dieser Entscheidung. Der Völkerbundsrat hat die Bekanntgabe der Entscheidung bis zum Eintreffen der Zustimmung aus London hinausgeschoben.

*

Der Krieg in Syrien

London, 16. Dez. Funkspruch. Wie der „Times" aus Damaskus berichtet wird, haben die neuen französischen Operationen begonnen. Es sind über Nacht große Verstärkungen angekommen. Mehrere starke Kolonnen wurden gestern morgen nach verschiedenen Richtungen hin ausgesandt. Der unmittelbare Zweck dieser Operationen ist die Befreiung der offenen Gebiete von umherstreifenden Banden und die Bildung eines Kordons um die Städte Damaskus und Homs.

Der preußische Landtag gegen von Schillings

Berlin, 15. Dez. Funkspruch. Der preußische Landtag hat im Falle Schillings in namentlicher Abstimmung den Antrag der Deutschen Volkspartei, die fristlose Entlassung des Herrn von Schillings zurückzuziehen und eine baldige Lösung des entstandenen Konfliktes herbeizuführen mit 227 gegen 150 Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt.

*

Fünf Todesopfer durch Kohlenoxydgas-Vergiftung

Breslau, 16. Dez. Funkspruch. Infolge Einströmens von Kohlenoxydgas erkrankten im Erziehungshaus des Evangelischen Magdalenenstifts in Deutsch-Lissa bei Breslau neun weibliche Zöglinge. Die herbeigerufenen Aerzte vermochten nur vier Zöglinge zu retten, während fünf nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden konnten.

*

Eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben

Hamburg, 16. Dez. Funkspruch. In Hamburg ist eine Falschmünzerwerkstatt ausgehoben worden, die sich in einem auf freiem Felde hinter der Erika-Straße gelegenen Schuppen befand. Mehrere gravierte Zinkplatten und eine große Anzahl von Photographien wurden gefunden. Die Falschmünzer haben anscheinend Jahre hindurch ihr Handwerk betrieben. Ein Ingenieur ist verhaftet worden.

Der Prozeß gegen den Chauffeur Pöhners

München, 16. Dez. Funkspruch. Gestern begann der Prozeß gegen den Kraftwagenführer Robert Kauper vor dem Strafgericht des Landgerichts München I. Er ist beschuldigt, wegen Fahrlässigkeit den Tod des Oberlandesgerichtsrats Pöhner am 11. April 1925 herbeigeführt zu haben.

Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß zu der Verhandlung Frau Pöhner als Nebenklägerin zugelassen worden sei. Am 10. Dezember habe der Rechtsbeistand, Graf Pestalozza, eine Erklärung abgegeben, nach der Frau Pöhner darauf aufmerksam gemacht hatte, daß ihren Angaben, der Tod ihres Mannes sei auf ein Verbrechen zurückzuführen, glaubhafte Bekundungen unbeteiligter Personen gegenüberstanden. Frau Pöhner habe daraufhin ihre Nebenklage zurückgezogen, erhalte heute aber ihre subjektiven Wahrnehmungen aufrecht.

Die heutige Verhandlung ergab im übrigen noch nichts wesentliches.

*

Das Geheimnis des Freiballons aufgeklärt

Berlin, 16. Dez. Funkspruch. Der Fund der Freiballonhülle in der Nähe von Malchow ist aufgeklärt. Es handelt sich um einen Reklameballon der Gummiwerke Fulda, der anläßlich der Automobilausstellung auf der Avusbahn im Grunewald [illegible] und sich losgerissen

Dr. Wirth vor seinen Parteifreunden im Rheinlande

Eine denkwürdige Sitzung des Provinzial-Ausschusses der Rheinischen Zentrumspartei

Köln, 15. Dezember 1925.

Der Austritt Dr. Wirths aus der Zentrumsfraktion des Reichstages wird gemeinhin als der „Fall Wirth" bezeichnet. Dieser Fall bleibt solange das, was er ist, wie Dr. Wirth seinen Schritt nicht rückgängig gemacht haben wird. Da Dr. Wirth erklärt, dem Zentrum dienen zu wollen, müssen die Bemühungen, ihm zum Wiedereintritt in die Fraktion die Wege zu ebnen, fortgesetzt werden. Natürlich nicht nur von der Fraktion oder von der Partei im Lande, sondern auch von ihm selbst. Nur diesem Zwecke dient die Kritik, die seit dem Parteitag in Kassel im Lande an den verschiedenen Stellen an der Haltung Dr. Wirths geübt worden ist. Diese Kritik hat positiven Gehalt, sie will verhüten, daß Dr. Wirths politisches Einzelunternehmen ihn immer weiter von der Fraktion und damit schließlich auch von der Partei führt. Manchen erschien es ein Wagnis, im gegenwärtigen Entwicklungsstadium nochmals eine Aussprache mit Dr. Wirth in einem geschlossenen, aber größeren Kreise (etwa 500 Personen) seiner Parteifreunde herbeizuführen. Die Rheinische Zentrumspartei hat das Wagnis übernommen. Gestern hat eine fünfstündige Aussprache des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Justizrat Hugo Mönnig, mit Herrn Dr. Wirth stattgefunden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist mit dieser Aussprache für die Gesamtpartei des Reiches sehr viel gewonnen worden. Der Abgeordnete Giesberts war im Auftrage der Reichstagsfraktion, die durch die politische Lage in Berlin festgehalten ist, in der Versammlung. Der Abg. Joos kam von Paris aus dahin und Abg. Dr. Brüning konnte aus Anlaß einer Reise daran teilnehmen.

Justizrat Mönnig formulierte den Zweck der Aussprache klar mit der Frage: Was hat es zu bedeuten, daß Dr. Wirth aus der Zentrumspartei ausgetreten ist? Die an diese Frage sich anknüpfende hochinteressante und auf hohem Niveau sich bewegende Aussprache brachte erfreuliche Erkenntnisse. Nämlich die, daß die Kritik Dr. Wirths an der Fraktion und die Kritik der Fraktion und der Partei an Dr. Wirth wechselseitig ihre guten Erfolge gezeitigt haben. Das allgemeine Urteil ging dahin, und es kam natürlich auch rückhaltlos zum Ausdruck, daß an Verstimmungen, Besorgnissen, Spannungen und Beunruhigungen seit dem Parteitage in Kassel bis heute sehr vieles der Zentrumspartei hätte erspart werden können, wenn Dr. Wirth alles das, was er in Köln sagte, in Kassel zum Ausdruck gebracht hätte.

Dr. Wirth hat in der Entwicklung der politischen Dinge für die Verteidigung seines Schrittes ein Plus für sich, das ihm teils auf Grund seiner besseren Voraussicht mancher Erscheinungen zukommt. Es ist aber auch ein Plus dabei, das man vielleicht mit Recht in seiner Situation als persönlichen Glücksumstand für ihn bezeichnen darf. Es soll ganz offen ausgesprochen werden, daß Dr. Wirth beide Gewinne in seiner Kölner Rede geschickt zu verwerten verstand. Niemand hat es ihm verdacht, umso weniger, als diese Rede ganz unverkennbar das Wesensmerkmal des ehrlichen Bestrebens trug, den Redner mit allen seinen Parteifreunden in der Fraktion und im Lande wieder restlos in den Kontakt gegenseitigen Verstehens und daraus wachsend zurückkehrenden Vertrauens zu bringen.

Abg. Professor Dr. Dessauer faßte unter Zustimmung der Versammlung das wichtige Ergebnis der Aussprache in folgenden Feststellungen zusammen:

Dr. Wirth will keine neue Partei gründen! Es gibt keinen Kampf Dr. Wirths gegen das Zentrum, sondern nur einen Kampf Dr. Wirths für das Zentrum. Es ist nicht zu verwundern, daß bei den allgemeinen starken Spannungen geistiger Natur Dr. Wirth zu einem Mittel greift, das ungewöhnlich ist. In Dr. Wirth tut das ein Mensch, der in den Jahren größter innerer und äußerer Gefahr Deutschlands Deutschland gerettet hat und dem gegenüber deshalb die Kritik bescheidener sein muß, als gegenüber jedem anderen, der vielleicht ein gleiches täte. Wenn alle im Zentrum ihre Pflicht tun, so wie sie Dr. Wirth tun will und muß, dann kann aus seinem Schritte eine Stärkung für die Partei hervorgehen, die zum Glücke für die Partei wird. Persönliche Konflikte dürfen dabei nirgends auf die Spitze getrieben werden. An bestimmten Problemen vorbeigehen zu wollen, ist oft viel gefährlicher, als eine offene Aussprache. Ginge die Partei an solcher Aussprache zu Grunde, dann hätte sie nichts getaugt. Weil sie sie überwinden wird, wird sie umso stärker daraus hervorgehen. Im Zentrum muß ein politischer Wille von unten herauf gebildet werden; das ist wichtig. Es muß jemand da sein, in dem das Volk Verwandtes von sich selber spürt. In Dr. Wirth spürt es das, er kann die Mission erfüllen, viele davon abzuhalten, dem Zentrum nach links verloren zu gehen. Das Mittel Wirths dazu mag hart und eine Nervenprobe sein, aber es kann heilsam werden. —

* * *

Es würde zu weit führen, alle Reden einer fünfeinhalbstündigen Aussprache wiedergeben zu wollen, darum sollen nur das wesentliche aus einigen Reden festgehalten sein.

Dr. Wirth,

der mehrfach und ausgiebig zu Worte kam, sagte:

Wenn das Zentrum, wie es Justizrat Mönnig in seiner Einleitung gesagt hat, eine politische Mission erkennt, und wenn man im Rheinlande den Fall so sieht, dann gibt es keinen „Fall Wirth" mehr. Nur darf das Zentrum dieser Mission nicht ausweichen. Zu dieser Mission gehört im Augenblicke die Teilnahme an der politischen Führung. Ich konnte mit führenden Persönlichkeiten der ganzen Welt über das Problem Europa sprechen. Deutschland steht in den kommenden zwei Jahren vor der Frage, ob es eine einheitliche politische Linie finden und mit den dazu erforderlichen politischen Kräften einhalten kann. Wenn man mir diese Linie rechts aufweist, dann werde ich der erste sein, der sich auf diese Linie stellt. Wenn man mich fragt, haben Sie etwas getan, um der Fraktion klarzumachen, wie sie gehen sollte, dann erkläre ich, daß ich die Schritte, die mir notwendig erschienen, um Ostern 1925 bei der Fraktion und bei der Fraktionsführung unternommen habe. Ich war mir klar, daß eine Häufung europäischer Probleme kommen müsse, deren Bewältigung Kräfte politischer Art erfordern würde, wie nie zuvor. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die Rechte die Außenpolitik, die damals begonnen wurde, d. h. die Politik Stresemanns unter keinen Umständen mitmachen werde. Das war mir von Rechtsleuten, zu denen ich sehr gute Beziehungen habe, erklärt worden. Ich habe den Schritt Dr. Stresemanns im Februar taktisch nicht für richtig gehalten, weil meine innerste größte Leidenschaft eine Politik ersehnt, die dem deutschen Volke die Freiheit bringt. Ich politisiere aber jetzt nicht mehr gegen Locarno, sondern schaue vorwärts auf Deutschlands große Aufgaben im Völkerbunde. Sie dünken mich so groß, daß alles versucht werden muß, dem Zentrum die Möglichkeit zu schaffen, die Völkerbundpolitik initiativ bestimmen zu können. Dazu gehört die Frage, mit wem wir diese Politik machen wollen, nachdem sich die Deutschnationalen dagegen erklärt haben. Wir müssen eine Politik machen mit Geduld und in allmählicher Entwicklung der Dinge. Wir dürfen die Linie nicht so wählen, daß sie mit verstiegenem Pazifismus sich deckt, wir müssen sie in der Lösung der großen nationalen Probleme suchen. Ich nenne die Begriffe Rheinland, Ostgrenzen, Danzig, Oberschlesien. Wir müssen sie so lösen, daß die nationalistische Bewegung in Deutschland uns an geduldiger Arbeit nicht hindern kann und daß neue Katastrophen, in denen wir die ganze angelsächsische Welt gegen uns hätten, vermieden werden. Das Zentrum muß den Problemen der Völkerbundpolitik in gemäßigtem, nationalen Geiste nähertreten, d. h. weder im Sinne der Rechten noch im übertriebenen pazifistischem Geiste der Sozialdemokraten, der keine Rücksicht auf die Nationalisten nimmt. Das Zentrum sollte führende Persönlichkeiten in das Kabinett hineinbringen, das den Beitritt zum Völkerbunde zu vollziehen haben wird. In diesem Sinne hoffe ich, daß in Berlin das letzte Wort noch nicht gesprochen ist mit der Uebernahme der führenden Rolle durch Dr. Koch.

Dr. Wirth wiederholt dann seine bereits in Kassel zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß der Abg. Stegerwald und nicht Marx der Exponent der Zentrumspolitik im Sommer gewesen sei. Wenn aber Marx künftig eine politische Linie des Zentrums aufweisen werde, auch eine, bei der die Rechte beteiligt sei, dann werde er, Dr. Wirth, der erste sein, der sich auf diese Linie stelle. Dazu müsse aber Marx die Samthandschuhe (Dr. Wirth zitiert hier seine eigenen Worte in Kassel) ausziehen, denn, so sagte Wirth in Köln, die Massen müssen einen Führer sehen.

Wir haben in Kassel Marx als Führer gewählt und müssen daraus die Folgerungen ziehen. Zeigt er uns eine Rechtspolitik, die Deutschland nützt, dann machen wir auch Rechtspolitik mit ihm. Nur können wir, wenn wir außenpolitisch Boden gewinnen wollen, das nicht von der schmalen Basis eines Parteiprogramms aus meistern, sondern wir können nur mit starker Initiative solche Politik machen. Die Sozialdemokraten müssen mitarbeiten, weil die Vernunft bei den Massen ist, denn Männer von politischem Verstande können nicht zu den Erklärungen Westerps stehen, die er im Kampfe um den Locarnovertrag abgegeben hat. Ich vertrete die Politik der Mitte, vielleicht mehr als mancher meiner Gegner, der nur von rechts redet, aber keine Politik macht. In der Frage der Reichsschulgesetzgebung dürfen wir nicht nur die Einstellung der Sozialdemokraten sehen, sondern müssen auch recht deutlich erkennen, wo die Deutsche Volkspartei hinaus will.

Dr. Wirth beschäftigte sich dann mit den politischen Aufgaben der katholischen Arbeiter, die er dringend auffordert, aus großen Gesichtspunkten heraus, sich mit politischen Fragen zu befassen, damit sie nicht gegen die Sozialdemokratie in Nachteil kommen. Wenn ich den republikanischen Gedanken, so sagte er weiter, betone, stärker, als manche für notwendig halten, dann deswegen, weil die Erklärungen Westarps erkennen lassen, daß man dort gewillt und entschlossen ist, dem neuen Staate ein Ende zu bereiten. Dem setzen wir unsere republikanische Gesinnung gegenüber. Wir müssen es auch, damit dieser neue Staat demokratisch bleibt und damit er nicht antiklerikal und schließlich antichristlich werde. Wenn ich in großen Versammlungen in ganz Deutschland zu sprechen im Begriffe bin, dann deswegen, um festzustellen, welche Kraft die christliche, die soziale und die nationale Bewegung in unseren Reihen hat. Ich tue es auch, um den Konflikt zum Austrag zu bringen, der bei der Kandidatenaufstellung für Wahlen sich in sinnloser Auswahl von Interessenwertretern äußert. Und wenn ich so einige Wochen im Lande tätig gewesen bin, dann wird bei kommenden Wahlen das Zentrum vielleicht einmal froh sein, daß es einen „Fall Wirth" gegeben hat. Wenn ich eine neue Partei hätte gründen wollen, dann wäre ich aus dem Zentrum ausgetreten. Ich habe es nicht getan, denn ich will keine neue Partei gründen.

Dieser von Dr. Wirth mit erhobener Stimme abgegebenen Schlußerklärung folgte stürmischer Beifall.

Der

Abg. Giesberts

befaßte sich vorwiegend mit notwendig erscheinenden Erklärungen zur vorläufigen Stellungnahme des Zentrums bei den Bemühungen um die Regierungsbildung und sagte am Schlusse, daß das Zentrum festhalte an der Großen Koalition, daß es bereit sei, sich führend in der Großen Koalition zu beteiligen, aber daß es in den Erörterungen, die ihrer Bildung vorausgehen müßten, auch festbleiben werde in der Achtung vor der eigenen Ueberzeugung.

Abg. Dr. Brüning

sagte u. a.:

Ich kann mich nicht entschließen, anzuerkennen, daß wesentliche sachliche Verschiedenheiten zwischen Dr. Wirth und manchen von ihm genannten Persönlichkeiten bestehen. Es handelt sich mehr um eine Sache des Temperaments, das man niemandem zum Vorwurfe machen kann, sondern wozu man beglückwünschen muß, weil es immer notwendig bleibt, um Führung und Massen aus schlafähnlichen Zuständen herauszuführen. Dr. Wirth überschätzt den Einfluß Stegerwalds, wenn er glaubt, daß er im Sommer die gesamte Politik so in der Hand gehabt habe, um sie nach einem bestimmten Punkte hinlenken zu können. Er überschätzt auch den Einfluß des Zentrums im Reichstage, wo doch ein Siebtel aller Stimmen im Parlamente nur auf das Zentrum entfällt. Es läßt sich nur mit ganz sorgfältiger Arbeit etwas erreichen. Das hat Dr. Wirth im Jahre 1922 selbst erfahren müssen. Damals hatte er die Führung. Aber die Sozialdemokraten haben ihn damals verlassen. Hinter ihm stand jedoch damals Tag für Tag das Organ Stegerwalds „Der Deutsche". Und kein Mann in der Fraktion wünscht so sehr, daß Dr. Wirth, besonders in der Außenpolitik wieder mitarbeiten möchte, wie gerade Stegerwald. Eine Freundschaft zwischen

---

Der Pfarrer von Heiligenberg

Roman aus der Zeit des Kulturkampfes und seiner Beilegung von

Hubertus-Kraft Graf Strachwitz.

18)

15.

Etwa eine Stunde später durchschritt Ziegler die Einfahrt des Schlosses. Ohne jemandem zu begegnen, fand er eine kurze Herrschaftstreppe, und an ihrem obersten Borde ersah er, daß er sich bereits inmitten der Schloßhalle des altehrwürdigen bayerischen Reichsfreiherrngeschlechtes befand. So ganz unvermutet und ohne jede Zeremonie konnte man von diesem bayerischen Marktflecken in diesen feudalen saalartigen Raum gelangen. Geschnitzte Kästen, Truhen mit Kolbenfüßen, breit ausgelegte Gaweihe, Zinnen, Gläser, Krüge, Kupferstiche, eine mittelalterliche Sammlung. Ziegler liebte diese Erinnerungen, und seine Augen gingen sogleich ins Schauen über. Besonderes Interesse erweckten die bleigefaßten runden Butzenscheiben, die durch grünliche Gläser den Einblick in einen kleinen Wirtschaftshof wohl schon seit Jahrhunderten verwehrten.

So bemerkte er nicht, daß drüben eine hohe weiße Türe sich öffnete und ein älterer, an Kopf und Kinn grau melierter Diener erschien, dessen Kleidung zur oberen Hälfte den Livreevorschriften, zur unteren aber der bayerischen Landestracht entsprach. Der freiherrliche Kammerdiener Börmann wunderte sich nicht weiter, in dieser Vorhalle einen Besucher unangemeldet zu finden. Es kam oft genug vor. Er schritt auf Ziegler breit und gemütlich zu und klopfte ihm auf die Schulter: „Wollen S' wohl den Herrn Baron sprechen, Hochwürden, na, das kann schon sein."

Ziegler gab seinen Namen an und legte den Brief des Bischofs bei. Ei der tausend, da machte Börmann gleich eine rechtwinkelige Verbeugung. Oh, er beherrschte das Dienerfach ausgezeichnet, war überhaupt auf der Höhe. Nur so in der Woche, meine Güte — Damen gab es auch keine im Schloß — da ließ man sich ein bißchen gehen: „Jawohl, Herr Pfarrer, bitte, kommen S' gleich mit."

„Wollen Sie mich nicht zuerst dem Herrn Baron anmelden?"

„Nicht nötig. Wenn ich Sie einführe, wird der junge Herr Sie sogleich empfangen."

Sie durchschritten die hohen Türen, die in einen weiten lichten Saal führten, der zugleich als Durchgang benutzt wurde. Hier gab es Sonne, reichlich viel Sonne. Ganze Büschel von Sonnenpfeilen glitten über das Parkett hin und tanzten wohlgemut auf den weitgeplusterten Röcken der an den Wänden herumspazierenden Damenwelt auf und ab. Der Blick in das Freie brachte endlich dem Auge das heiß ersehnte Grün. Gewaltige Silberpappeln, tief sich biegende Kastanien standen drüben am Eingang zu einem kleinen Park.

Börmann wandte sich der Nordseite zu und trat mit Ziegler eines jener vielen Gemächer, die, in fast endloser Reihe miteinander verbunden, die eintönige Fensterreihe am Marktplatz zeitigten. Seltsame Bauart, die Zimmer nach Norden, die Gänge nach Süden. Entweder mieden die Ahnen die Sonne, vielleicht schien sie vor Jahrhunderten weniger heiß als jetzt, oder sie bewohnten nur im Hochsommer dieses schloßartige Gebäude und lebten durch die Wintermonate in ihren ansehnlichen Stadtquartieren von Augsburg oder Neuburg. Es war ein feines breites, hohes Gemach, an den Wänden ausgestellt mit gelblichen Biedermeierschränken, die eine nicht uninteressante Bibliothek beherbergten.

Börmann verschwand nach rechts durch eine der weißen Türen, und kaum zwei Minuten, da erschien der junge Herr, jünger als Ziegler, eine schlanke österreichische Aristokratenfigur. Der Kopf war blond, ganz blond, mit breit auseinander gewelltem Scheitel und einem etwas kümmerlichen Bartansatz. Die Augen schossen ins Himmelblaue hinüber. Die Nase in schöner Form, doch stark gebaut. Die Bewegungen höflich, ein wenig hastig. Er schien österreichischer Abstammung zu sein, oder war wenigstens in Wien, Salzburg, Innsbruck oder sonstwo aufgewachsen. In seinen Ohren klang noch die etwas eigentümliche Anmeldung Börmanns: „Herr Baron, ein preußischer Pfarrer Ziegler will Ihnen aufwarten", brachte deshalb eine ganze Menge Erstaunen in seinen blauen Augen und vergaß ganz darüber den Brief des Bischofs in seiner Hand. Aber dennoch liebenswürdig, kavaliermäßig: „Womit kann ich Ihnen dienen, bitt' schön?"

Börmann schob zwei rote Ledersessel herbei und ersuchte Ziegler mit einer aufmunternden Bewegung, Platz zu nehmen, dem Baron gab er einen Wink doch erst den Brief des Bischofs zu lesen. Da war ein neues Verwundern, und sein Blick glitt zweifelnd über die feine, schlanke Gestalt, das so seltsam durchgeistigte Gesicht Zieglers hin: „Sie wollen nach Kallmeß — — —, bitte, erklären Sie Ihren Wunsch näher."

„Herr Baron — — —" und Ziegler berichtete von seiner Leidensgeschichte. Er begann mit seiner Ernennung zum Kaplan in Heiligenberg und endigte mit seiner gestrigen Audienz beim Bischof von Augsburg. „Nun, sehr verehrter Herr Baron, wollte ich Sie bitten, mit Rücksicht auf diese traurigen Umstände, für dieses Benefizium vielleicht von Ihren sonst gewohnten Grundsätzen abzugehen und mich, wenn ich auch nicht Bayer bin, der geistlichen Behörde zu präsentieren. Ich weiß, ich muß die bayerische Staatsangehörigkeit erwerben, ich bin dazu bereit."

Baron Gartenberg war aber nicht der Mann, der ohne weiteres auf ihn überraschende Vorschläge einging. Auf seine kirchlichen Präsentations- und Patronatsrechte hielt er mit einer gewissen ehrfürchtigen Wichtigkeit. Kallmeß war eine uralte reichsfreiherrliche, privilegierte Herrschaft, deren einstiges Residenzschloß draußen am Waldrande auf den Hügeln gestanden hatte. Es war oft abgebrannt, und daher war neben diesem ein sogenanntes Stadt- oder vielmehr Marktschloß entstanden. Es waren mit dieser Herrschaft viele Gerechtsame verbunden, und gerade weil er so unverhofft in diesen Besitz gelangt war, wachte er über diese Privilegien. Es wäre ihm nicht lieb, wenn etwa der Hochwürdigste Herr von Augsburg die Gewohnheit annehmen würde, ihm vorzuschlagen, wen er präsentieren sollte. Aber immerhin, hier lagen die Verhältnisse anders. Den Kulturkampf der preußischen Regierung empfand er als eine ostentative Beleidigung aller Katholiken Deutschlands. In jenen Jahren verlor Bismarck manchen treuen Anhänger in Süddeutschland, der ihm noch 1871 in Versailles als einem Nationalheros zugejubelt hatte. Gewiß, solche geistliche Flüchtlinge, die sich der preußischen Verfolgung entzogen hatten, waren zu schützen. Also, er war nicht abgeneigt, aber: „Hochwürden, ob Sie sich bei uns auch eingewöhnen würden? Es ist hier ein hartes, derbes, trinkgewohntes Volk, sonst treugläubig, an der Herrschaft hängend, schaffend und arbeitend. Etwas einsam sind die Menschen hier, und wenn der Nebel über dem Donaumoos in die Höhe steigt und der Herbst über das Tal zieht, dann ist es schon manchem hier wehe ums Herz geworden. Aber gut. Wir wollen einmal das Haus betrachten."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stegerwald und Stresemann hat nie bestanden. Da das Zentrum weder den Reichskanzler noch den Außenminister stellte, stand es zudem in der Außenpolitik praktisch meist vor vollendeten Tatsachen. Stegerwald hat übrigens in einem Punkte im Sommer in die Politik eine bedeutungsvolle Sicherung gebracht, in den kritischen Stunden, in denen Dr. Wirth auf seiner Romreise abwesend war. Damit die Deutschnationalen nach Erledigung der Zoll- und Steuerpolitik nicht ungestraft aus der Regierung treten könnten, hat Stegerwald für die zeitliche Beschränkung der Zollgesetze gesorgt, worin eine Waffe für jede Regierung gegen die Deutschnationalen liegt. Das ist keine Schläfrigkeit, sondern Initiative! Heute kämpfen bei den Deutschnationalen zwei Strömungen um die Oberhand. Eine reaktionäre, aber auch eine andere Gruppe der alten christlich-sozialen Konservativen, die dem Zentrum sozial und weltanschaulich nahestehen. Es gibt eben in allen Parteien Strömungen und Kräfte, weil alle noch nicht konsolidiert sind. Es gibt bei den Deutschnationalen Kräfte, mit denen das Zentrum eher und besser zusammenarbeiten kann, als mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten. In der Steuerpolitik ist gegen die Demokraten vom Zentrum viel erreicht worden, soviel, daß heute selbst die Sozialdemokraten für die Große Koalition nicht mehr verlangen. Dr. Wirth hat absolut recht, wenn er sagt, daß ein positives Programm für die Völkerbundspolitik aufgestellt werden muß.

Abg. Joos:

Die Initiative der Rheinischen Zentrumspartei, die heutige Aussprache herbeizuführen, muß man loben. Daß Dr. Wirth außerhalb des Rahmens der Fraktion arbeitet, dem kann man unmöglich zustimmen. Weil es ihm erleichtert wird, auf diese Weise vor mehr oder weniger fremden Parteien zu sprechen, ist seine Sonderstellung auf die Dauer unmöglich. Er muß wieder mit uns sein und in den Reihen der Fraktion sich wohlfühlen. Solche Mißstimmung und Verbitterung, solches Aufflackern von Strömungen radikaler Art wie jetzt, haben wir seit Kriegsende im Zentrum nie erlebt. Es ist auch viel sozialradikale Schwarmgeisterei dabei. In Kassel haben wir zwar geredet, aber wir sind an die Sache nicht herangekommen. Dr. Wirth hat heute nachgeholt, was er in Kassel versäumt hat. Wir müssen den Mut haben, die Dinge so zu sehen wie sie sind. Die Zentrumspolitik hat nur Sinn, wenn sie aktiv ist. Sie kann nicht rechts oder links gehen, sondern muß aus eigenem Geiste initiativ gemacht werden. Das Zentrum braucht den Druck zur Aktivität. Wenn Dr. Wirth sagt, Stegerwald wäre im Sommer der eigentliche Führer gewesen, so ist dazu zu sagen: Er hat sich nicht als Führer gefühlt und das entschuldigt und rechtfertigt ihn gegenüber all dem, was Dr. Wirth von ihm verlangen zu dürfen glaubt. Die Sommerpolitik des Zentrums nach außen war doch aktiv. Sie war nur mit uns möglich. Zwischen dem Memorandum von Februar und seinen späteren Auswirkungen gab es viele Möglichkeiten, die Zentrumskraft einzusetzen. Es ist richtig, daß Dr. Wirth rechtzeitig auf vieles aufmerksam gemacht hat, was er voraussah. Ich bin dessen Zeuge gewesen. Aber die Initiative, die er vermißt, die hätte er erzielen können und erzielen müssen, wenn er in der Fraktion mitgetan hätte. Wenn er nicht zu außenpolitischen Reden kam, dann deshalb, weil er doch der Anfang 1925 gebildeten Regierung ein Nein entgegengesetzt hat. Das rechtfertigte die Bedenken, ihn zu außenpolitischen Reden heranzuziehen. Die ganze Fraktion hat aber aufgehorcht, wenn Dr. Wirth etwas zu außenpolitischen Reden heranzuziehen. Die ganze Fraktion hat aber aufgehorcht, wenn Dr. Wirth etwas zu außenpolitischen Fragen zu sagen hatte. Nur ist er nicht bis zum Ende dabeigeblieben. Trotzdem sage ich, das, was Dr. Wirth vom Mangel an außenpolitischer Initiative gefühlt hat, das habe ich von meinem persönlichen Standpunkte aus auch so gefühlt. Ueber eine schwache Beteiligung sind wir nicht hinausgekommen, aber Dr. Wirth hat zu früh die Dinge hingeworfen, als er beim ersten Anhieb nicht gleich vorwärts kam.

Joos geht dann über zu den Auffassungen Wirths in Bezug auf nationale, soziale und demokratische Fragen und sagt Herrn Dr. Wirth mit Bezug auf seine Versammlungen: die Sprache, die Sie in Essen geführt haben, hat auch manchen Freund von Ihnen verärgert. Wir dürfen nicht Wunden aufreißen und erweitern. Am Ende bleiben doch zwei Dinge, auf die wir uns einigen können und müssen. Alle miteinander müssen wir wünschen eine Aktivität der Fraktion, die einer großen Fraktion wie der unseren als stärkste Synthese der Extreme würdig ist. Und Führung müssen wir haben. Auch in dieser Frage dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Es genügt nicht, daß wir Führer haben. Die haben wir. Aber ein Führer als Persönlichkeit, der den Fall Wirth unmöglich gemacht hätte, der fehlt uns zur Zeit. Sollen wir aber darum unsere Partei innerlich zersetzen und zur Auflösung bringen, weil nicht gleich heute oder morgen erfüllt werden kann, was Dr. Wirth will und was wir alle mit ihm wollen? Dr. Wirth sagt, er sei den Massen noch etwas, er könne sie noch halten und zur Sache führen, wenn er das wolle. Nun gut, dann müssen wir verlangen, daß er das will!! Dann wollen wir auch manchen falschen Zungenschlag in seinen Reden verschmerzen, aber dann gibt es jetzt nicht mehr eine Mission des Zentrums, sondern eine Mission Dr. Wirth! Wenn Dr. Wirth die Republikaner aufrufen will zu positiver politischer Arbeit, dann können wir ihm nur dankbar sein. Es gilt, die demokratischen Elemente im Volksstaate zu positiven politischen Leistungen zu gewinnen und diesen Volksstaat zu retten gegen die Idee der Gewalt. Wenn Dr. Wirth seine Aufgabe so versteht, und wenn er auch die Sozialdemokraten dazu bringen kann, daß sie zur Erkenntnis des entsprechenden Handelns kommen, dann hat er etwas getan. Dr. Wirth ist belastet mit der moralischen Hypothek, das, was jetzt geschieht, zum Guten der Partei durchzuführen. Wir haben nicht das Recht, Herrn Dr. Wirth zu mißtrauen, die Frage Wirth ist eine Frage des Vertrauens. Wir müssen alle untereinander das Vertrauen zurückgewinnen und dazu waren die bitteren Auseinandersetzungen notwendig. In dieser Richtung hat auch die heutige Operation hier in Köln Sinn gehabt, den Sinn, daß wir nicht Wunden aufreißen, sondern schließen wollen.

Alle Redner, die zum Fall Wirth in der Kölner Versammlung gesprochen haben, waren unter Zustimmung der Versammelten der Ueberzeugung, daß der Sondergang Dr. Wirths auf die Dauer unerträglich, aber sachlich auch nicht mehr berechtigt sei und daß alle zusammenwirken müßten, Dr. Wirth eingeschlossen, seine Wiedereinreihung in die Fraktion sobald wie möglich zu erzielen.

Baden

Bayerische Volkspartei und Zentrum in der Pfalz

Am letzten Sonntag (13. Dezember) hielt die Bayer. Volkspartei der Pfalz in Kaiserslautern ihren Parteitag ab. Unter den dort gefaßten Entschließungen lautet die erste folgendermaßen:

Für eine Wiederannäherung der Parteien, durch welche die katholische Bevölkerung des Reiches zur Zeit politisch vertreten wird — das sind die Bayerische Volkspartei und das Zentrum — sprechen die höchsten Interessen eben dieser katholischen Bevölkerung sowohl im Reiche wie in Bayern, in besonders dringlicher Weise aber in der Pfalz. Die katholische Bevölkerung in der Pfalz ist nicht stark und zahlreich genug, um sich den Luxus zweier politischer Organisationen leisten zu können. Ihre parteipolitische Wirksamkeit wird durch eine solche Spaltung in schlimmster Weise gelähmt. Die Spaltung hat schon die schlimmsten Zerrüttungen auf mehr als einem Gebiet nach sich gezogen. Zur Förderung einer Wiedervereinigung beider Parteien hat die Kreisvorstandschaft der Bayerischen Volkspartei der Pfalz kürzlich durch die öffentlichen Blätter den Vorschlag gemacht, es möchte die Organisation des Zentrums nicht nur aus dem rechtsrheinischen Bayern, wo sie praktisch ohnehin wenig bedeutet, sondern auch in der Pfalz zurückgezogen werden. Die heutige Kreisversammlung der Bayerischen Volkspartei der Pfalz billigt diesen Vorschlag. Sie erblickt in seiner Verwirklichung die wesentlichste Voraussetzung für eine Wiedervereinigung der beiden Parteien im Reiche mit dem Endziel der Wiederaufnahme einer Arbeitsgemeinschaft. Mit tiefstem Bedauern erfüllt uns deshalb die Tatsache, daß die maßgebenden Aeußerungen der pfälzischen und bayerischen Zentrumspresse erkennen lassen, daß beim Zentrum nirgends der ernstliche Wille besteht, unserem Vorschlag beizutreten.

Der Münchener Parteitag der Bayer. Volkspartei hat gezeigt, daß zwar weitgehende Einigkeit zwischen Volkspartei und Zentrum besteht, daß aber zwei Punkte eine völlige Einigung noch nicht ermöglichen. 1. steht die Bayer. Volkspartei nach wie vor nicht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, 2. macht die Bayer. Volkspartei aus ihrer monarchistischen Einstellung kein Hehl, wenn sie auch zugibt, daß an eine Verwirklichung dieses Zieles einstweilen nicht zu denken sei und daß auch Republikaner der Bayer. Volkspartei angehören. Das Zentrum andererseits bekennt sich zur Verfassung von Weimar und zur Republik. Solange diese Differenzpunkte bestehen, kann u. E. eine Einigung in der Form, wie sie in vorstehender Entschließung angedeutet ist, zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei in der Pfalz nicht erfolgen, da sonst das Zentrum sich einfach selber aufgeben und in der Bayer. Volkspartei aufgehen würde — wenigstens äußerlich. Innerlich aber würden die Differenzen fortbestehen und eine wahre Einigung doch nicht zustande kommen lassen. Sobald man sich in Bayern darüber klar wird, daß die in der Tat bestehenden Differenzen zwischen den beiden Parteien realpolitisch gesehen nur noch theoretische Bedeutung haben und die Bayer. Volkspartei gewillt ist, daraus die Folgerungen zu ziehen, wird der gewünschten Einigung wohl kaum noch etwas entgegenstehen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung

war bisher auf dem Karlsruher Rathause durch einen Stadtrat und 5 Stadtverordnete vertreten. Die Vertreter entstammen den Kreisen des Hausbesitzes und des gewerblichen Mittelstandes. Unter den 6 Vertretern sind allerdings 2 Beamte. Hinter der Rathausfraktion stand bis jetzt die sogenannte „Wirtschaftliche Bürgervereinigung". In dieser Vereinigung ist es nun im Anschluß an die Rechtsentwicklung des Herrn von Au im badischen Landtag zu einer so starken Auseinandersetzung gekommen, daß der Bruch unvermeidlich wurde. Anstatt von einer Rathausfraktion soll also in Zukunft sogar von 2 Gruppen wirtschaftlicher Art dem notleidenden Hausbesitz und Mittelstand aufgeholfen werden. Wenn damit dem Hausbesitz und dem Mittelstand geholfen werden müßte, dann wäre schon geholfen; mit der Hilfe von Zwergparteien ist es da wirklich nicht getan! Nun hört man aber — ob das richtig ist, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen —, daß die Trennung weitere Folgen haben soll. § 17 der bad. Gem.-O. bestimmt nämlich: „Wer die Wählbarkeit verliert oder aus der Partei oder Wählergruppe, auf deren Vorschlag er gewählt wurde, ausscheidet, verliert das ihm übertragene Amt." Unter Bezugnahme auf diese Bestimmung soll beabsichtigt sein, das Ausscheiden der Herren Stadtrat Steinel und Genossen zu verlangen. Die Entscheidung hierüber hätte der Gesamtstadtrat zu fällen. Man darf wirklich gespannt sein, wie die Angelegenheit weiter sich entwickeln wird. Für den Außenstehenden ist nämlich nicht ohne Weiteres klar, ob die Bestimmung des § 17 wirklich gegen Herrn Steinel und seine Freunde zutrifft. Man möchte meinen, daß diejenigen ihre Wähler nicht mehr hinter sich haben, die sich mit ihrem „Führer" von Au zu den Deutschnationalen nach rechts entwickelten, also förmlich zu einer politischen Partei gestoßen sind. Ein Antrag ist übrigens nicht erforderlich. § 17 G.O. ist zwingender Natur. Er sagt sagt nur, was politische Sauberkeit und politischer Anstand verlangen.

Badischer Landtag

Rechtspflegeausschuß

Karlsruhe, den 15. Dezember.

Der Rechtspflegeausschuß befaßte sich in seiner Sitzung vom 15. ds. Mts. erneut mit der Frage der Vereinigung von Hagenweiler und Lippertsreute. Anlaß dazu gab ein Gesuch der Gemeinde Andelshofen. Diese Gemeinde ist gegen den früheren Beschluß des Ausschusses, der sich für die Zusammenlegung ausspricht. Der Berichterstatter schlug vor, das Gesuch für erledigt zu erklären. Es ergibt sich die einstimmige Annahme dieses Antrags. Es soll also die Vereinigung von Hagenweiler und Lippertsreute durchgeführt werden.

Ein Antrag des Zentrums will, daß die Regierung ersucht wird, bei der Reichsregierung die Abänderung des § 9 der Reichsmobilmachungsverordnung vom 18. März 1919 dahin anzuregen, daß im Bereiche von Landorten durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschrift die Ladenschlußzeit auf 8 Uhr abends festgesetzt werden kann.

Der Berichterstatter, ein Sozialdemokrat, meint u. a., daß das Bedürfnis nicht bei der kaufenden Bevölkerung, sondern nur bei den Geschäftsleuten hervortrete. Er kommt zu dem Ergebnis, daß nach den geltenden Bestimmungen eine genügende Möglichkeit bestehe, den Wünschen der Käufer Rechnung zu tragen, weshalb der Antrag abzulehnen sei. Ein Redner des Zentrums begründet den gestellten Antrag. Er weist namentlich auf das Bedürfnis der landwirtschaftstreibenden Verbraucherkreise in der Zeit starker und ausgedehnter Feldarbeit hin. Die Aenderung soll sich deshalb auf die Landorte erstrecken. Eine längere Arbeitszeit für das Personal käme gar nicht in Frage. Der Antrag will auch nur, daß die unteren Verwaltungsbehörden die Möglichkeit erhalten, den besonderen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Es würde vielleicht auch genügen, zunächst einmal über das Bedürfnis noch nähere Erhebungen anzustellen. Der Regierungsvertreter glaubt, daß sich das Bedürfnis schwer feststellen lasse. Viele Kaufleute seien auch froh, daß sie früher schließen könnten. Ein teilweises Bedürfnis trete wohl da und dort hervor. Es sei aber eine allgemeine Lockerung nicht nötig. Es sei höchstens angängig, die Zahl der Ausnahmetage etwas zu erhöhen. Der Regierungsvertreter ist auch dagegen, daß die Regelung den Bezirksräten überlassen wird. Es genüge die Entscheidung der Bezirksämter.

Ein soz.-dem. Abgeordneter spricht sich grundsätzlich gegen den Antrag aus. Es genüge, daß 20 Tage für den späteren Ladenschluß vorgesehen seien. Auch ein dem. Vertreter hält eine Aenderung des gegenwärtigen Zustandes nicht für erwünscht. Die Landbevölkerung müsse sich eben an die Regelung gewöhnen. Der liberale Sprecher nimmt eine ähnliche Stellung ein. Von Zentrumsseite wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, wie die Verhältnisse auf dem Land tatsächlich liegen. Wer sich auskenne, wisse auch, daß der Antrag begründet sei. Der Regierungsvertreter erkennt in Uebereinstimmung mit dem Antragsteller ausdrücklich an, daß die Interessen der Angestellten durch den Zentrumsantrag nicht nachteilig berührt werden. Die Abstimmung ergibt die Ableh-

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch Kaiserstrasse 128 Spezialhaus für Bilder- und Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Grosse Auswahl

Aus dem Konzertsaal

Cembalo-Konzert des Bachvereins.

In richtiger Erkenntnis seiner für unser Karlsruher Musikleben so überaus wichtigen Mission, hat der von Direktor Philipp geleitete Bachverein schon wiederholt außer Werken seines Schutzpatrons auch solche anderer „alter deutscher Meister" aufgeführt. Und sein Entschluß, während der Konzertwinter eine Reihe von intimen Kammermusikabenden, die in musikalischem und programmatischem Sinne Außergewöhnliches bieten sollen, zu veranstalten, ist deshalb mit großer Freude zu begrüßen. Unter dem Motto: „Kammermusik des 17. und 18. Jahrhunderts" vermittelte uns gleich der erste Abend die nähere Bekanntschaft mit der heute so selten gehörten Cembalo-Kunst der Bach-Händelzeit.

Aus der stilistischen Eigenart der alten Musik muß man auf die klanglichen Eigentümlichkeiten der alten Instrumente schließen. Forte und piano, die aus der Dynamik der alten Zeit gestaltet sind, stehen sich wie die Glieder eines Baues gegenüber, dessen Teile nicht durch Uebergänge und Ueberleitungen miteinander verbunden sind. Viele Werke aus jener Zeit verlieren durch ihre Wiedergabe am Flügel an Klarheit der Komposition, verdunkeln den Grundcharakter des Werkes und erzeugen eine fremde Farbe, da der mit dem hölzernen Hammer angeschlagene Ton des Klaviers zu dumpf und zu schwer ist und seinen Nachbar im Klang beeinträchtigt. Die Klarheit des Einzeltons gewährt dagegen die silberne Abstraktheit und Präzision der mit einem Metallstift gerissenen Saite des Cembalo.

Das Cembalo war das hauptsächlichst benützte Tasteninstrument des 17. und 18. Jahrhunderts und wurde sowohl zum Solospiel, als zur Begleitung zu Streich- und Blasinstrumenten benutzt. Zu Bachs Zeiten wurden Cembali mit 2 Manualen, das untere für forte, das obere für piano erbaut. Später vervollkommnete man die Instrumente mit einer Pedalklaviatur und einer Koppel, durch welche man auf dem unteren Manual die Oktave des oberen mitnehmen konnte. Bach hat das Cembalo immer dem Hammerklavier vorgezogen, obwohl dieses noch zu seinen Lebzeiten erbaut und vor dem Cembalo die Modulationsfähigkeit des Anschlags voraus hat. Eine große Reihe Bachscher Klavierwerke sowie sämtliche Händelsonaten sind ausdrücklich für das Cembalo mit zwei Manualen komponiert. Es war deshalb von allergrößtem Interesse, auf solch einem Bachschen Cembalo nachgebildeten Instrument, speziell für Cembalo komponierte Werke von Bach, Händel, Corelli, Rameau und Couperin zu hören. Die sehr geschätzte Cembalistin Anna Linde (Berlin) vermittelte uns in dem dichtgefüllten kleinen Festhallesaal diesen seltenen Genuß. Die Künstlerin hat sich aller Ausdrucksmöglichkeiten und Klangeffekte dieses alten Instrumentes bemächtigt und zeigte in seiner wahrhaft virtuosen Beherrschung, welche unendliche Klangmodulation das Cembalo besitzt. Die Werke der alten Meister blühten uns in einer Frische und einem Schmelz entgegen, wie sie der moderne Konzertflügel — aus den oben angedeuteten Gründen — niemals hervorzubringen vermag. Anna Linde spielte ein altes, französisches Pleyel-Instrument das eine eigene Anschlagstechnik erfordert.

Der Violinpart lag in den Händen von Hermann Diener (Heidelberg), in dem sich hochentwickeltes Können mit der letzten nur vom Maße des Schönen gebändigten Fülle des Ausdrucks paart. Mit einer die höchste Feinheit in sich schließenden Größe und Delikatesse brachten uns die beiden Künstler Bach G-Dur-Sonate, Corelli „La Folia" und Händel herrliche D-Dur-Sonate nahe. Der mit Recht stets lebhafte Beifall, der uns als Dreingabe Händels „Passacaglia" schenkte, wurde zum Schlusse eine begeisterte, wohlverdiente Dankeskundgebung an Frau Anna Linde, der wir und ihrem Instrument hoffentlich bald wieder hier begegnen werden.

L. N.

4. Sinfoniekonzert des Landestheaterorchesters.

„Antike Tänze" von Ottorino Respighi standen am Anfang der Vortragsfolge und bereiteten den ungetrübtesten, reinsten musikalischen Genuß. Die cyklenartig zusammengestellten Tänze sind nach altitalienisch-instrumentaler Form bearbeitet und erfreuen durch den ungekünstelten melodisch-tänzerischen Rhythmus. Das Zweite Klavierkonzert von S. Rachmaninoff, interessant, aber nicht gerade überwältigend, machte uns mit einem jungen slawischen Pianisten, Nicolai Orloff, bekannt, der durch seine brillante Technik, wie durch sein plastisch gestaltetes Spiel entzückte. Der Künstler wurde stürmisch gefeiert. Von Alexander Scriabine, dem französierten Russen, hörte man seine 2. Sinfonie in C-moll, einen sich schäumend überstürzenden Temperamentsausbruch von deutlichen Anklängen an Rich. Wagner, doch auch von selbständig-einschmeichelnder Fassung im Hauptthema, das zum Schlusse majestätisch aufklingt. Generalmusikdirektor Ferd. Wagner wurde mit seinem Orchester begeistert gefeiert.

—r.

Bad. Landestheater. In der am Mittwoch, den 16. Dezember, stattfindenden Aufführung von Beethovens „Fidelio" wird nach der Kerkerszene die Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 in C-Dur gespielt.

Der Spielplan des Nationaltheaters Mannheim sieht für die Zeit von Weihnachten bis Ostern folgende neue Einstudierungen vor: Im Schauspiel erfolgt am 16. Januar die Uraufführung von Berthold Viertels neuer Uebertragung der „Bachantinnen" mit Musik von Ernst Toch, in der Inszenierung von Hermann Wlach. Es folgt die Erstaufführung von Zuckmayers „Fröhlichem Weinberg" unter Spielleitung von H. D. Kenter am 30. Januar. Mitte Februar findet voraussichtlich die Uraufführung von Moritz Ledeters „Narziß und die Pompadour" statt. Intendant Stoli persönlich wird sich anfangs März für eine Neuinszenierung des „Tell" einsetzen. Zur Passionszeit erscheint Hofmannsthals „Großes Welttheater" im großen Nibelungensaal. Dazwischen ist noch das eine oder andere kleinere Werk eines modernen deutschen Autors vorgesehen. Das Gastspiel des Wegener-Ensembles wird im Februar Strindbergs „Totentanz", Hebbels „Gyges" und Sudermanns „Raschhoffs" (diese im Neuen Theater) bringen. Die Arbeit nach Ostern wird vor allem dem „Wallenstein" gewidmet sein, da Albert Bassermann Ende Mai neben den „Stützen der Gesellschaft" in „Wallensteins Tod" gastieren wird. — Die Oper wird nach der Neueinstudierung der „Hugenotten" unter Generalmusikdirektor Richard Lert zu Neujahr, sofort an die Gesamtaufführung des „Ringes des Nibelungen" herangehen („Rheingold" 8. Januar, „Walküre" 10. Januar, „Siegfried" 21. Februar, „Götterdämmerung" 14. März) unter musikalischer Leitung von Arthur Rosenstein. Dazwischen erfolgt Ende Januar die Neuinszenierung von „Figaros Hochzeit", während die Arbeit an R. Strauß' „Intermezzo" Mitte März zum Abschluß kommen wird. — Für die Fastnachtstage wird die Operette Suppés „Boccaccio" neu herausgebracht.

nung des Zentrumsantrags mit den Stimmen aller Parteien, bei Enthaltung von 2 Abg. des Zentrums. Dagegen wird mit 11 Stimmen des Zentrums und der bürgerlichen Vereinigung ein Eventualantrag des Zentrums gegen 10 Stimmen angenommen, der will, daß die Regierung darüber Erhebungen anstellen soll, ob und inwieweit auf dem Lande ein Bedürfnis für einen späteren Ladenschluß im Sinne des abgelehnten Antrags bestehe.

Schließlich kam noch ein kommunistischer Antrag über die „Gewährung von Straffreiheit für alle aus politischen Motiven anläßlich politischer oder wirtschaftlicher Bestrebungen der Arbeiterklasse begangener Straftaten" zur Verhandlung. Der Berichterstatter kommt zu dem Ergebnis, daß der Antrag unbegründet sei. Man sei schon weitgehend entgegengekommen. Oeftere Amnestie seien schädlich. Der kom. Vertreter ist natürlich anderer Meinung. Der Justizminister gibt näheren Aufschluß über die bisherigen Maßnahmen. Er zeigte, daß der bad. Staat sehr weit gegangen sei. Früher habe das die kom. Partei auch anerkannt. Der Staat dürfte aber auf seine Existenz und seine Autorität nicht verzichten. In dieser Auffassung wird der Justizminister von verschiedenen Seiten unterstützt. Ein Zentrumsabg. erklärt, daß die Amnestieansprüche der Kommunisten zu weit gingen. Es könne auch nicht immer klargelegt werden, ob ein politisches Vergehen vorliege. Man müsse auch an die Brenner denken, die sich wirtschaftlich in einer äußerst schwierigen Lage befinden. Der Gnadenweg sei ja immer gegeben und werde auch fast immer benützt. Ein Sozialdemokrat will keinen allgemeinen Vorwurf gegen die badischen Richter erheben. Man solle aber bei politischen Straftaten auch gegen Links entgegenkommen. Eine allg. Amnestie sei jetzt nicht erforderlich. Der Berichterstatter verwahrt sich gegen eine kommunistische Aeußerung, daß von den Gerichten in Gnadensachen einseitig vorgegangen werde. Gott sei Dank hätten die Richter in der Verbrecherwelt überhaupt keine Freunde. Nach einer längeren Aussprache wird der kom. Amnestieantrag einhellig abgelehnt. Der kommunistische Antrag will auch die Aufhebung der §§ 218/19 RStrGB. und Straffreiheit für die wegen Abtreibung Verurteilten. Auch hier beantragt der Berichterstatter, der dem Abg. Dr. Wolfhard die Ablehnung des kommmunistischen Begehrens. Der Justizminister äußert sich ausführlich zu diesem Gegenstand der Tagesordnung; er gibt auch Auskunft über die Behandlung von Gnadengesuchen und den Stand der Neuordnung des deutschen Strafrechts. Juristen, und vor allem Mediziner seien so gut wie geschlossen gegen eine Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Schutz sei auch für die Frauen dringend geboten. Ein Abg. der Zentrumspartei weist auf die grundsätzliche Auffassung der Zentrumspartei hin. Der Gesetzgeber hat die Pflicht, Zerfallserscheinungen energisch zu bekämpfen. Es sei etwas anderes, im Einzelfall unter besonderen Umständen Milde und Gnade walten zu lassen. Wenn ein Volk keine Achtung vor dem Leben mehr habe, dann sei es erledigt. Ein volksparteilicher Redner hebt hervor, daß es sich um eine bedenkliche Massenerscheinung handle. In verhältnismäßig kurzer Zeit sei die Geburtenzahl auf die Hälfte gesunken. Dagegen seien die Fehlgeburten sehr gestiegen. Die Abtreibung sei immer eine Gefahr für die Mutter. Die Zahl der Todesfälle sei größer, als man annehme. Es sei auch eine weitere Zunahme der Geschlechtskrankheiten zu befürchten, wenn dem kommunistischen Antrag entsprochen werde. Mit Recht verweist dieser Redner auch auf die öffentliche Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, die ja vom Reiche bereits geregelt ist. Ein Sozialdemokrat wünscht eine „Modernisierung". Es fehle auch in den oberen Schichten. Dort liebe man Kinder zu wenig. Ein gewisser Schutz im Sinne des § 218 sei am Platze, aber auch eine Besserung der Existenzbedingungen. Der kommunistische Vertreter glaubt bemerken zu müssen, daß die Sozialdemokratie im Reiche bedeutend weiter gehe. Ein Zentrumsabg. erklärt, daß das Zentrum dafür sei, daß die wirtschaftliche Lage der Eltern erleichtert werde und daß kinderreiche Familien zu begünstigen sind. Von anderer Seite wird aber auch daran erinnert, daß Rußland mit der völligen Aufhebung der Abtreibungsbestimmungen in 2 Jahren schlechte Erfahrungen gemacht habe und nun nach einer Aenderung des Gesetzes sehr streng vorgehe. Bei der Abstimmung blieben auch hier die Kommunisten allein. K.

Gewerkschaftliches

Abg. Heurich über unsere wirtschaftliche und soziale Lage

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter hatte auf letzten Sonntag seine Mitglieder zu einer Versammlung in Baden-Baden im Cäcilienberg zusammenberufen. Die Mitglieder waren in großer Zahl erschienen. Der Bezirksleiter Abg. Heurich sprach über die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeiter. Er betonte einleitend, daß die Wirtschaftslage vieler Staaten besonders in Europa, eine gedrückte sei. Von einigen wenigen Ländern abgesehen, die zufälligen Umständen, wie Inflationserscheinungen, eine stärkere Belebung ihrer Industrie verdanken, stehen die meisten in wirtschaftlicher Krise. England und Deutschland haben die größte Zahl der Arbeitslosen. **Die deutsche Mark behauptet ihren Kurs gegenüber dem Dollar mit erstaunlicher Sicherheit seit ihrer Stabilisierung, und dennoch steigen die Warenpreise im Innern des Reiches.** Daran sind nicht nur die Steuern und Tariferhöhungen schuld, sondern auch die hohen Kreditlasten, die die Produktion in ungeheurem Maße verteuern. Der tiefere Sinn der Kreditpolitik der Großbanken, die, wie es scheint, durch den Reichsbankdirektor Schacht gebilligt und gestützt wird, ist wohl nichts anderes, als die Herrschaft der Banken über die Industrie zu erstreben. **Die Politik der Banken ist mit Schuld an der Gewinnlosigkeit, wie überhaupt an der Unrentabilität mancher Industrieunternehmungen.**

Die soziale Frage der deutschen Arbeiter komme einem klar und deutlich zum Bewußtsein, wenn man die Löhne, die in Deutschland bezahlt werden, mit denen des Auslandes vergleicht. Die Wirtschaftskurve der Frankfurter Zeitung redet eine deutliche Sprache.

Es dürfte wohl von allgemeinem Interesse sein, was nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamtes und des Reichsgesundheitsamtes als **lebensnotwendiger Bedarf anzusehen ist für eine 5köpfige Normalfamilie** Das Verhältnis der einzelnen Ausgabeposten wird in Prozenten amtlich wie folgt festgestellt.

Für Ernährung	54,77 Proz.
Heizung und Beleuchtung	5,55 Proz.
Sonstiger Bedarf	9,28 Proz.
Bekleidungsausgaben	10,05 Proz.
Für Wohnung	20,35 Proz.

In Markausgaben ergibt sich folgendes Verhältnis:

1. Ernährung	1448,07 Mk.
2. Für Heizung u. Beleuchtung	120,90 Mk.
3. Bekleidung	299 80 Mk.
4. Wohnung	530,00 Mk.

Die Ausgaben der 5köpfigen Familie betragen somit **jährlich 2612.10 Mk.** Hierbei sind nicht berücksichtigt die Ausgaben z. B. für Verkehrsmittel, Steuern, soziale Abgaben, Versicherungsbeiträge, Erholung, Krankenhilfe, Schulgeld, Einrichtungsgegenstände usw.

Für diese Gegenstände darf man doch als Minimum **1200 Mark annehmen.** Es ergibt sich somit **3812.;0 Mk.**

Diese Aufstellung der Ausgabeposten für eine 5köpfige Familie sind so gering bemessen und dürften zu einer anständigen Haushaltungsführung kaum reichen

Das markanteste Merkmal unserer ungesunden, von Krisen geschüttelten Wirtschaft sei die Tatsache:

Niedrige Löhne auf der einen Seite und hohe Preise auf der anderen Seite. Die Zwischenglieder vom Produzenten bis zum Konsumenten haben sich in der Zeit des Krieges bis zum heutigen Tage weit über den Bedarf vermehrt. Wir müssen unter allen Umständen wieder zu einem anderen Verhältnis von Lohn und Preis kommen An diese Lösung müssen wir sofort heran. Regierung, Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben jeder von seinem Blickpunkt aus gesehen das Problem angepackt. Man frage aber nur nicht wie. **Das schaffende Volk fühlt sich betrogen, weil die Stabilisierung der Währung die als selbstverständliche Folge erwartete Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes nicht zeitigen will. Gehalt und Lohn sinken, an den Warenpreisen gemessen, ständig im Wert.**

Wie ungesund der Zustand im deutschen Wirtschaftskörper sei, gehe aus folgenden Zahlen hervor. Es bestanden nach dem vom statistischen Reichsamt herausgegebenen Material im deutschen Handelsgewerbe:

	1913	1919	1923
Aktiengesellschaften	835	872	4 629
Gesellschaft m. b. H.	9409	11 420	31 822
Zusammen	10 244	12 292	35 451

Schon allein die Zwischenhandels-Großfirmen haben sich demnach also um **256 Prozent** vermehrt, trotz eingeschränkten Konsums des deutschen Volkes. Noch schädlicher hat sich diese ungesunde Entwicklung bei den Zwischenhandelskleinfirmen ausgewirkt So waren z. B. im Berliner Handelsregister 1913 insgesamt 31 600 Handelsfirmen eingetragen. 1924 hingegen **über 60 000.** Aehnliches dürfte sich überall nachweisen lassen auch in Baden. Aeußerst scharf sprach sich der Redner über die unsinnige Personalverminderung bei der Reichsbahn aus. **Der Personalstand der Reichsbahngesellschaft ist bereits von 1 009 000 um 279 000 Köpfe vermindert und hat für das ständige Personal den Friedenskopfbestand von 693 000 Beamten und Arbeiter erreicht. Trotzdem will die Reichseisenbahn eine weitere Herabsetzung ihres Bestandes um 40 000 Köpfe vornehmen. Eine solche Politik sei herzlos und rechne nur mit kalten, nackten Zahlen.**

Der Abg. Heurich betonte er sei erstaunt, daß die Reichseisenbahndirektion Karlsruhe auf seine Darstellung im Landtag hinsichtlich der Arbeitsvergebung (Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe) bis heute weder die Angaben bestätigt noch bestritten habe. Keine Antwort sei auch eine Antwort. Der Landtag werde sich mit dieser Angelegenheit noch einmal beschäftigen müssen.

Der abgeschlossene **Burgfriede im Baugewerbe** wurde vom Redner begrüßt. Er stellt eine Abkehr von der bisher getätigten Praxis dar. Die Vertragsverlängerung bis zum 31. März 1926 hat den Zweck, die zur Zeit im Reiche bestehenden Lohnabkommen zu verlängern. Damit sei während der Wintermonate jede Kampfhandlung ausgeschlossen, und diese ruhigen Monate könnten zum Vertragsabschluß benutzt werden, um das **Baujahr 1926 von jeder Erschütterung zu bewahren.**

Dieses Vorgehen der Bauunternehmer wirke wohltuend und steche ab von dem Vorgehen der Industriellen Letztere habe der antisoziale Zeitgeist zum größten Teil erfaßt und wirke sich zum Schaden von Volk und Vaterland aus. Wir betrachten es als eine der dringlichsten Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates, dem Arbeiterstand eine seiner **sittlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechende neue bessere soziale Rechtsstellung zu verschaffen. Die geistige und soziale Entproletorisierung der breiten Volksschichten ist zum Kern und Zentralproblem geworden.** Das Arbeitslosenproblem müsse durch Arbeitsbeschaffung von Reich, Länder und Gemeinden gemildert werden. Alle Vorbereitungen sind jetzt schon für das Baujahr 1926 zu treffen, damit rechtzeitig mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Chronik

Mannheim, 14. Dez. (Das alte Lied.) Am vergangenen Samstag verunglückten zwei Jugendliche durch Hantieren mit Schießwaffen. Ein 16 Jahre alter Fortbildungsschüler, der mit einem Flobertgewehr spielte, schoß sich ins linke Knie; ein 16 Jahre alter Schreinerlehrling hantierte mit einem alten Terzerol, als plötzlich der Schuß losging. Die Kugel blieb in der linken Hand stecken. Beide Verletzte mußten ins allgemeine Krankenhaus gebracht werden.

Heidelberg, 14. Dez. (Todesfall.) Hier verstarb im nahezu vollendeten 84. Lebensjahre Postdirektor a. D. A. P. Straub. Der Verstorbene war der letzte jener altbadischen höheren Postbeamten, die nach Gründung des Reiches im Jahre 1871 von diesem in den ehemals kaiserlichen Reichspostdienst übernommen wurde. Wie diese alle brachte der Verstorbene einen großen Teil seiner amtlichen Tätigkeit im Elsaß zu. In den letzten Jahren vor seiner Pensionierung versah Postdirektor Straub das Postamt in Lörrach, um seinen Lebenslauf in dem ihm liebgewordenen Heidelberg zu vollbringen.

Wiesloch, 14. Dez. (Gemeinnützige Baugenossenschaft.) Die Gemeinnützige Baugenossenschaft, G. m. b. H. Wiesloch hielt ihre Generalversammlung ab in der mitgeteilt wurde, daß in den beiden letzten Jahren keine Bauten mehr ausgeführt wurden, in den vergangenen Jahren in Stadt und Amtsbezirk 28. Es wurde beschlossen, auf die Genossenschaftsanteile zu verzichten. Die den Bauherrn gemachten Vorschüsse sollen mit 25 Prozent aufgewertet werden. In der nächsten Versammlung soll über die Liquidation der Genossenschaft Beschluß gefaßt werden.

Adelsheim, 15. Dez. (Gemeindeumlage.) Für das Jahr 1925/26 beträgt die Gemeindeumlage 50 Pfg. pro 100 Mark Steuerwert. — (Maul- und Klauenseuche.) Im benachbarten Selzental ist die Maul- ud Klauenseuche ausgebrochen. — (Waidmannsheil.) Ein Waldschütze schoß an der Württemberger Grenze einem Bahnwart seinen ganzen Gänsebestand, 9 Stück an der Zahl, zusammen, in dem Glauben, er habe es mit Schneegänsen zu tun.

Vom Amt Adelsheim, 15. Dez. (Geldnot.) Infolge der allgemeinen Geldnot erhalten die Landwirte für die Zuckerrübenlieferung an die Zuckerrübenfabrik Züttlingen anstatt klingender Münze, Zucker als Bezahlung. — Der Gemeinderat der Stadt Adelsheim hat beschlossen, den alten Veteranen und Ortsarmen eine Weihnachtsfreude durch ein Geldgeschenk in Höhe von 10 Mk. zu machen. — (Holzmacherlöhne.) Für Osterburken wurden folgende Preise vereinbart: Für den Festmeter 1.35—2 Mk. und bis 2.40 Mk., für Sterholz 1.80—2.80 Mk. für Wellen pro 100 Stück von 9—12 Mk. In Großeicholzheim für 1 Festmeter 2 Mk., Ster 2.10—2.50 Mk., für 100 Wellen 13 Mk. — (Zunahme der Sparer.) Die Bezirkssparkasse Adelsheim hatte im November eine weitere Zunahme der Spareinlagen zu verzeichnen, und zwar von 16 484 Mark.

Vom Bezirk Adelsheim, 15. Dez. (Einbruchdiebstahl.) In der Nacht vom 11. zum 12. Dez. sind Diebe in das Anwesen der ehemaligen Brauerei Hettinger in Sennfeld eingebrochen. Dieselben nahmen ihren Weg durch das Kellerfenster in den Keller und von da in das Büfett. Dort kontrollierten sie die Ladenkasse und taten sich an den vorhandenen Speisen gütlich. Die Gendarmerie nahm Fingerabdrücke und hofft man die Täter bald ermittelt zu haben. In letzter Zeit wurden im Bezirk Buchen und Adelsheim zahlreiche Einbruchdiebstähle vollzogen.

Walldürn, 15. Dez. Die Walldürner Holzwaren-Industrie wurde nun endgültig zum Preise von 14 500 Mk. an die Firma Dürroff in Miltenberg verkauft.

!! **Höpfingen,** 15. Dez. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner letzten Sitzung einstimmig den Bau einer Wasserleitung nebst Aufnahme einer Anleihe von 150 000 Mk zu diesem Zwecke, die durch Holzerlöse wieder getilgt wird. Damit ist nach 45jähriger Debatte der Bau einer Wasserleitung endgültig beschlossen.

Vom Odenwald, 15. Dez. Die Viehbestände haben fast allerorts abgenommen wie die letzte Viehzählung ergab — ein Zeichen der schlechten Lage in der Landwirtschaft, welche infolge schlechtem Ernteausfall und starkem Geldbedarf zum Verkauf gezwungen war. — Nach dem Tauwetter letzter Tage ist heute erneut Frost aufgetreten mit Schneefall in den Nachmittagsstunden.

Buchen, 15. Dez. (Kriegerdenkmal.) Nun soll auch unsere Stadt ein Kriegerdenkmal erhalten auf Veranlassung des hiesigen Militärvereins. Im Laufe der nächsten Woche findet eine Haussammlung statt. Ueber den Platz der Erstellung ist man sich noch nicht einig. — Zur Zeit findet im Bezirksmuseum eine Ausstellung des Malers Otto Kienzle (geboren in Triberg) über „Denkmalsschutz und Kriegerehrung" im Odenwalddorf statt. — Bei der Sparkasse Buchen ist die Stelle eines Sparkassenverwalters sofort zu besetzen. Die Bewerbungen müssen bis 18. Dezember eingereicht sein. — Die Ortskrankenkasse kaufte das in der Walldürnerstraße gelegene Wohnhaus des Herrn Gutspächters Hemberger um den Preis von 20 000 Mark. Die Vertreterversammlung hat diesen Kauf mit 26 gegen 13 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten die Vertreter der Stadt Walldürn. — (Finanzlage.) Das Bürgermeisteramt hat folgende vielsagende Bekanntmachung erlassen. „Angesichts der trostlosen Finanzlage der Stadt und des geringen Erfolges der Bekanntmachung vom 5. Oktober, hat der Gemeinderat einen letzten Termin bestimmt zur Zahlung usw."

Vom Bezirk Buchen, 15. Dez. (Wanderfürsorge.) In Mudau, Walldürn und Stadt Buchen wurden für durchreisende Wanderer sog. Wanderfürsorgestellen eingerichtet, in welchen mittellose Wanderer am Abend Suppe mit Brot, Nachtquartier und morgens Kaffee erhalten. — (Gemeindeumlagen.) Für das Jahr 1925/26 werden erhoben in Mudau 85 Pfg. (50) pro 100 Mark Steuerwert, in Gerolzahn 35 (40), in Neusatz 25 (25), in Waldhausen 80 (50), in Bödigheim 40 (25). — (Schafweideverpachtung.) In Reinhardsachsen wurde die Schafweide um den jährlichen Pachtpreis von 1300 Mk. (letztes Jahr 1200 Mk.) verpachtet. — (Geldknappheit.) Infolge der Geldknappheit können die Gemeinden sehr schwer zu ihrem Holzgeld kommen. Es wird deshalb mit Wechseln gearbeitet und haben verschiedene Gemeinden wie Hornbach, Glashofen, Gerolzahn ihren Bürgermeister bevollmächtigt, Wechsel bis zum Betrage von 15 000 Mk. annehmen und ausstellen zu dürfen.

Vom Mudauer Odenwald, 15. Dez. (Jagdverpachtungen.) Bei der Jagdverpachtung der Gemeinde Steinbach wurde ein jährl. Pachtpreis von 2500 Mk., in Rumpfen 500 Mk., in Stürzenhardt 450 Mk., in Hettigenbeuern 1200 Mk. erzielt.

Hardheim, 15. Dez. Die Fränkischen Kunstwerkstätten haben ihre Tore geschlossen und ihre Liquidation beschlossen.

Baden-Baden, 15. Dez. (Explosion.) Bei der Explosion eines Schweißapparates in einer Werkstätte in der Stefanienstraße erhielt ein lediger Monteur erhebliche Verletzungen.

Lierbach b. Oberkirch, 15. Dez (Bürgermeisterwahl.) Die Gemeinde Lierbach hat zu ihrem Oberhaupt Ludwig Meyer IV zum Bürgermeister gewählt.

Schweighausen b. Lahr, 15 Dez. (Masern-Epidemie.) Der Unterricht an der hiesigen Volksschule ist auf Anordnung des Bezirksarztes wegen Erkrankung an Masern bis auf weiteres geschlossen.

Lahr, 14. Dez. (Seinen Verletzungen erlegen.) Der Landwirt Karl Bräunig von Langenwinkel, der am letzten Dienstag zwischen Langenwinkel und Allmannsweiler verunglückte und seither im Bezirkskrankenhaus lag, ist am Abend des 11. Dezember seinen Verletzungen erlegen. Der auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedene hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Wollbadingen bei St. Blasien, 15. Dezbr. (Brand.) Infolge eines Kamindefekts entstand im Anwesen des Landwirts Wilhelm Götte ein Brand Das ganze Haus wurde ein Raub der Flammen. Die Feuerwehr konnte sich nur auf die Rettung der Nachbargebäude beschränken. Außer dem nackten Leben und dem lebenden Inventar konnte nichts in Sicherheit gebracht werden.

Singen, 15. Dezbr. (Schadenfeuer.) Feueralarm erschreckte heute Nacht um 1½ Uhr die Einwohnerschaft. Es war in der Holzwerkstätte des Zimmermeisters Berthold Thomer, Hohenkrähenstr. 21, in der derzeit die Glaserei Wilhelmi untergebracht ist, Feuer ausgebrochen. Die Werkstätte, nebst Inventar und Maschinen brannte nieder. Das Feuer wurde durch einen heimkehrenden Eisenbahner bemerkt. Angesichts des starken Funkenregens und des Südwestwindes hatte die rasch herbeigeeilte Feuerwehr und die Fittingsfeuerwehr vollauf zu tun, die angrenzenden Gebäude zu schützen, da das Wohnhaus bereits teilweise Feuer gefangen hatte. Der Horizont war hell beleuchtet und der gegenüber liegende Hohentwiel erstrahlte im magischen Glanze. So kamen die Zuschauer zu einer unfreiwilligen Hohentwiel-Beleuchtung. Nach zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr, der uneingeschränktes Lob gebührt, wieder abziehen.

-l- **Konstanz,** 15. Dez. Man muß sagen, daß das Bodensee-Städtebund-Theater auf einer anerkennenswerten Höhe steht, im Vergleich zu den Leistungen vergangener Theatergesellschaften des Konstanzer Theaters für alle Freunde der einheimischen Kunst ein angenehmer Fortschritt. Um nun auch minderbemittelten Kreisen den Besuch des Theaters möglich zu machen, wird die Theaterdirektion in jedem Monat eine Volksvorstellung geben und den Kleinrentnern dadurch entgegenkommen, daß an sie wöchentlich 36 Theaterkarten zum ermäßigten Preis von 1.50 Mk. bis 80 Pfg. abgegeben werden. Leider muß die Beobachtung gemacht werden, daß der harte Daseinskampf in den Kriegs- und Nachkriegsjahren, dann auch der allgemeine, verflachende Strom des materialistischen Zeitgeistes verheerend auf den einst auf vornehmer Höhe stehenden Kunstgeschmack des Publikums eingewirkt hat. Von einigen Tagen konnten die weit über die Mauern von Konstanz hinaus berühmten Symphonie-Konzerte das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feiern. Herr Obermusikmeister Bernhagen bot mit seiner vorzüglich geschulten Regimentskapelle den Besuchern des Jubiläumskonzerts einen seltenen Genuß. Der Besuch war aber derart kläglich, die Anteilnahme offizieller Stellen der Stadt fehlte ganz, daß man vor Schom sein Haupt verhüllen möchte. Dagegen zog der Tanzabend, den eine neunjährige Konstanzerin, deren Talent und Kunst nichts weggenommen werden soll, veranstaltete, ganz gewaltig. Der Theatersaal war bis zum letzten Platz besetzt. Auch ein Zeichen der Zeit. Und zudem solches mitten in der ernsten Adventszeit, die durch das wirtschaftliche Massenelend des Volkes einen Unterton bekommt, der durchdröhnt wie erschütterndes Bußgeläut Am 11. November, vormittags 11 Uhr 11 Minuten, trat die aus 11 Herren bestehende „Elefanten-A.-G." zu ihrem üblichen Saison-Eröffnungsschoppen zusammen, an dem auch zwei Bürgermeister teilnahmen Diese Karnevalsgesellschaft hat damit wieder ihr närrisches Szepter aufgenommen, um es erst wieder vor dem Ernste des Aschermittwoch in den Staub zu senken. Auch in andern Städten der Nachbarschaft, wie etwa in Stockach und Villingen wird in der kommenden Zeit von den Trabanten des Prinzen Karneval eine förmliche Diktatur über die öffentliche Meinung ausgeübt. Wenn's im guten, alten Ton und im Sinne der Großväter geschieht, wird es niemand übel nehmen Doch soll der Fasching nicht dazu Anlaß geben, den Zorn der hungernden und arbeitslosen Massen zu erregen.

Friedrichshafen, 14. Dezbr. (Arbeitslosigkeit.) Die Arbeitslosigkeit in den hiesigen Betrieben nimmt fortwährend zu. Nachdem die Gießerei des Luftschiffbaues Zeppelin schon längere Zeit nur noch drei Tage in der Woche arbeitet, hat die Schlosserei dieses Betriebes 22 Arbeiter entlassen, mit dem Rest von 10 Arbeitern arbeitet sie ebenfalls nur drei Tage in der Woche mit je achtstündiger Arbeitszeit. Die Fabrik für Kunstedelsteine soll ganz stillgelegt werden. Die Lederfabrik Hüni u. Co. beschäftigt nur noch 50 Leute gegenüber 110 im Vorjahr.

Bödigheim, 15. Dez. (Einbruchdiebstahl.) Letzte Woche wurde hier bei einem Bäcker eingebrochen und haben die Einbrecher den Inhalt der Ladenkasse an sich genommen. — Im benachbarten Eberstadt wurde einem Metzger nachts der Laden ausgeräumt.

Spendet für die Kinder-Weihnachtsbescherung!

Noch ein paar Wochen trennen uns von dem Weihnachtsfest, dem Fest der Freude, das tätige Menschenliebe in aller Herzen entzündet.

Tausende von armen Kindern

unserer Stadt werden an diesem Feste nur Not und Elend schauen, keine Weihnachtsfreude wird ihnen im Kreise der Eltern bereitet werden, keine Christbaumlichter ihnen brennen. Diesen Armen gilt es auch heuer, eine kleine Weihnachtsfreude zu geben.

In den beiden letzten Jahren war dank der Mildtätigkeit der hiesigen Bevölkerung für rund 4000 Kinder eine gemeinsame Weihnachtsbescherung unter dem brennenden Christbaum in der Festhalle das Weihnachtsfest.

Die unterzeichneten Verlage

rufen die Karlsruher Bevölkerung

zur Unterstützung einer Weihnachtsbescherung der armen Kinder der Stadt Karlsruhe im großen Saale der Festhalle auf und eröffnen hiermit die diesjährige öffentliche Sammlung. Arbeitslosigkeit und Krankheit haben in manche Familie Sorge und Elend gebracht. Trotz der Not der Zeit ist es daher Pflicht aller derjenigen, die noch imstande sind, ihre Arbeitskraft nutzbringend zu verwenden, hier zu helfen.

Das Weihnachtsfest öffne die Herzen und Hände!

Spendet vor allem warme Kleider und Wäsche, bringt unverderbliche Lebensmittel herbei, öffnet die Geldbörse, sammelt in Gesellschaften, an Biertischen, bei Vereinsfestlichkeiten und wo sich sonst Gelegenheit bietet. Niemand in der ganzen Stadt sollte in diesem Jahre im eigenen Heime Lichter des Christbaums anzünden, der nicht sein Scherflein für die Kinderweihnachtsbescherung beigetragen hat.

Am heiligen Abend soll der notleidende Teil der Bevölkerung das Gefühl haben, daß alle gemeinsam das schwere Schicksal tragen wollen. Darum

gebet für die hungernden und frierenden Kinder!

Laßt die sehnsüchtigen Blicke der armen Kinder nach den Weihnachtsauslagen der Geschäfte nicht unerfüllt.

Der Badische Frauenverein vom Roten Kreuz hat sich auch in diesem Jahre bereit erklärt, gemeinsam mit der Karlsruher Lehrerschaft die Organisierung der Weihnachtsbescherung zu übernehmen. Die Stadtverwaltung hat den großen Festhallesaal wiederum kostenlos zur Verfügung gestellt.

Naturalien und Kleiderspenden sollen an die Geschäftsstelle des Badischen Frauenvereins, Kaiser-Allee 10, gesandt oder daselbst mit der Aufschrift „Weihnachtsgabe für die Karlsruher Kinderweihnachtsbescherung" abgegeben werden.

Für Geldspenden liegen Einzeichnungslisten in den Geschäftsstellen der hiesigen Zeitungen zur reichlichen Benützung auf. Für alle Spenden wird öffentlich in den Zeitungen quittiert.

Die Auswahl der zu beschenkenden Kinder erfolgt durch den Bad. Frauenverein im Benehmen mit der Lehrerschaft der Karlsruher Schulen, den hiesigen Wohlfahrtsverbänden und dem Städtischen Fürsorgeamt. **Anmeldungen von Kindern** zur Weihnachtsbescherung können nur in den Schulen bei der Lehrerschaft erfolgen.

Leuchtende Kinderaugen

werden allen Spendern tausendfach danken. Darum gebt alle rasch und reichlich.

„Badischer Beobachter". „Badische Presse". „Karlsruher Tagblatt".
„Karlsruher Zeitung". „Residenzanzeiger". „Volksfreund".

Ludwigshafen a. Rh., 15. Dez. (Zwei Selbstmorde und ein Leichenfund.) Gestern früh hat sich der 63 Jahre alte Wirt Martin Bechtel erhängt, desgleichen die 53jährige Witwe Treis. Am Sonntag nachmittag wurde im Hambacher Wald bei Neustadt eine männliche Leiche aufgefunden. Näheres über die Todesursache ist noch nicht bekannt.

Zweibrücken, 15. Dez. (Großfeuer.) Am Sonntag Abend brach in dem Anwesen des Landwirtes Wilhelm Bender in Contwig Feuer aus, das in den reichen Vorräten an Futter und Stroh reiche Nahrung fand und innerhalb kurzer Zeit die Scheune und Stallung vollständig einäscherte. Das Vieh konnte nur mit knapper Not gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung durch einen bei Bender früher beschäftigten Knecht, die angrenzenden Wohngebäude konnten gerettet werden.

Gottersdorf, 15. Dez. Die kleine Gemeinde mit 153 Seelen hat einen so großen Gemeindewald, daß jährlich 1950 Festmeter Holz geschlagen werden dürfen.

Hochschulen

Freiburg i. Br. Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat das Plenum der Universität in seiner jüngsten Sitzung den Professor Dr. Johann Nagler, Ordinarius für Rechts- und Zivilprozesse, sowie für allgemeine Rechtslehre, zum Rektor für das Jahr 1926/27 gewählt. — An der Philosophischen Fakultät, Abteilung Musikwissenschaftliches Institut, hat sich Dr. phil. Heinrich Besseler aus Düsseldorf als Privatdozent für Musikwissenschaft habilitiert. — Der Lektor der Musikthorie, Dr. phil. E. Erpf, ist für das Semester 1925/26 beurlaubt, um an der westfälischen Akademie der Bewegung, Sprache und Musik in Münster i. W. als stellvertretender Direktor und Lehrer für Musikthorie und Musikgeschichte verpflichtet zu werden.

Gerichtssaal

Vormittagssitzung.

Karlsruhe, 15. Dez. Wegen Diebstahls im Rückfall und Körperverletzung mit Todesfolge steht der 26-jährige, mehrfach vorbestrafte Hilfsarbeiter Alfons Westermann aus Neibsheim vor dem Schwurgericht. Er hat am 9. Oktober den Hilfsarbeiter Christian Schlegel in Ispringen, als dieser schlief, bestohlen und darauf Schlegel geprügelt, wobei dieser das Genick brach. Der Angeklagte erkennt die ihm vorgelesene gegen ihn erhobene Anklage an und gibt sodann einen Bericht über sein Vorleben. Er kam gegen Schluß des Krieges noch ins Feld und geriet in englische Gefangenschaft. Nach der Rückkehr war er bei der Reichswehr, mußte aber aus dem Dienst scheiden, als er ein Paar Schnürschuhe gestohlen hatte und deshalb bestraft worden war. Von da an wechselte sein Leben zwischen verschiedenen Arbeitsgelegenheiten, ohne daß der Angeklagte einem bestimmten Beruf nachging, und Gefängnisstrafen wegen einer Reihe von Diebstählen und lebte so das typische Dasein des gewohnheitsmäßig und rettungslos gewordenen Verbrechers.

An dem Tag, als Westermann den zur Verhandlung stehenden Diebstahl an dem 54-jährigen Christian Schlegel beging, begab sich der Angeklagte schon am frühen Morgen mit Schlegel ins „Rößle", denn sie hatten Lust zur Arbeit und Schlegel, der Geld hatte, zeigte „guten Willen". Mittags schlug Schlegel vor, sie wollten nach Pforzheim gehen und dort Arbeitsgerät holen. Schon am Bahnwartshaus übermannte die Angetrunkenen die Müdigkeit. Sie legten sich daher ins Gras und schliefen eine Zeitlang. Dabei nahm Westermann dem Schlegel den Geldbeutel mit 5 Mark ab und steckte ihn ein. Schlegel war so stark betrunken, daß sie nicht weitergehen konnten und fiel mehrmals hin. Westermann legte ihn auf die Seite der Straße, ging dann allein in die Wirtschaft zurück und trank dort weiter. Dann kam auch Schlegel und beklagte sich, daß Westermann ihm den Geldbeutel gestohlen habe. Es kam zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Westermann gab dem Schlegel dabei einen Stoß auf die Brust, sodaß dieser hinstürzte und regungslos liegen blieb. Auf einem zweirädrigen Karren wollte Westermann den Verletzten nach Hause bringen, ließ ihn aber vor einem Laden stehen, wo er sich Zigaretten kaufte. Als er wieder aus dem Laden kam, war der Karren fort. Der Sohn des Ladeninhabers hatte den Verletzten mittlerweile nach Hause gebracht. Der Angeklagte setzte darauf unbekümmert seine Tätigkeit fort und trank noch einige Viertel. Bis zur Tat, die etwa um 5 Uhr geschah, hatte Westermann 5 Flaschen Bier und zwei Liter Wein getrunken. Das Geld dazu hatte er sich als Vorschuß geben lassen.

Der Leumundszeuge stellte den Angeklagten als faul, streitsüchtig und verstohlen hin. Andere Zeugen schildern den Schlegel als einen Mann, der oft betrunken war mit schon zwei Viertel Wein. Er war nicht mehr sicher auf den Beinen. Wie zwei Augenzeugen angeben, war das auch der Grund, warum er so unglücklich stürzte.

Das Gutachten der ärztlichen Sachverständigen ergibt, daß bei der Betrunkenheit Schlegels schon ein geringer Stoß genügte, um den Fall herbeizuführen. Staatsanwalt Dr. Heinsheimer beantragt bei Zubilligung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten für den Diebstahl und dazu eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten für die Körperverletzung unter Abzug von zwei Monaten Untersuchungshaft. Der Verteidiger plädiert auf eine Mindeststrafe. Das Urteil des Gerichts lautet auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten, zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

Nachmittagssitzung.

Karlsruhe, 15. Dez. Die letzte Verhandlung der 8. Schwurgerichtssitzung hatte einen Meineid zum Gegenstand, den der Arbeiter Karl Wilhelm Stahl aus Grötzingen (bei Durlach) beging. Der 27-jährige Angeklagte gibt nur zögernde und kaum hörbare Antworten auf die Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann. Nach und nach kommt aber doch ein Bild von der Vergangenheit des Angeklagten zustande, der nach einer kurzen Dienstzeit beim Landsturm in Berlin als Bahnarbeiter tätig und vor zwei Jahren abgebaut worden war, sodaß er keine dauernde Stellung mehr bekam und bei seinen Eltern in Durlach wohnen mußte. In einer Alimentenklage wurde er zur Nachzahlung verurteilt und mußte den Offenbarungseid leisten. Dabei verschwieg er ein Fahrrad, das sich in seinem Besitz befand.

Der Angeklagte behauptet, er habe das Rad damals nicht als Eigentum besessen, denn er habe es gestohlen und damals gerade jemand geliehen, der es verkaufen wollte. Er habe auch geglaubt, daß der andere es schon verkauft habe.

Das Urteil des Gerichts lautete auf Freisprechung mangels hinreichender Beweise. Die Staatskasse trägt die Kosten des Verfahrens.

Kirchliche Nachrichten

Aus der Erzdiözese.

Ernennungen. Infolge Ernennung des Ord.-Sekretärs Dr Richard Dold zum Klosterpfarrer in Baden-Baden (Hl. Grab) haben Seine Exzellenz der hochwürdigste Herr Erzbischof mit Urkunde vom 1 Dezember den seitherigen Spiritual am Erzb. Theol. Konvikt in Freiburg Dr. Simon Hirt zum Erzb. Ordinariatssekretär ernannt. — Vom Kapitel Stockach wurde Matthias Armbruster, Pfarrer in Mahlspüren i. T., zum Kammerer gewählt.

Versetzungen. Vikar Johann Löffler in Hockenheim als Pfarrverweser nach Ohlsbach. Vikar Karl Straub in Ohlsbach nach Hockenheim. Vikar Rudolf Adler in Meßkirch nach Haslach i. K.

Hl. Weihen. Am Sonntag, 6. Dezember, erteilte der hochwürdigste Herr Erzbischof den Alumnen in St. Peter die Subdiakonatsweihe und am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) die Diakonatsweihe.

Pfarreiverleihung. Vom Fürsten von Hohenzollern wurde auf die Pfarrei Rangendingen, Dekanats Hechingen, der bisherige Kaplan Peter Sickler in Karlsruhe-Daxlanden präsentiert.

Verzicht. H. H. Geistl. Rat Dekan Dietmeier in Kappelrodeck hat aus Gesundheitsrücksichten das Amt des Dekans (Kapitel Ottersweier) niedergelegt.

Karlsruhe

den 16. Dezember 1925

Lehrerturnverein Karlsruhe.

Der Verein hatte seine Mitglieder auf Mittwoch, den 9. Dez., abends 8 Uhr zu einem Lichtbildervortrag über Norwegen in den Singsaal der Lessingschule eingeladen. Diejenigen, welche trotz des schlechten Wetters erschienen waren, wurden nicht enttäuscht. Frl. Nopper zeichnete ein Bild dieses Landes, wie es ähnlich charakteristisch und lebenswahr in einem Buche kaum zu finden sein dürfte. Das Leben und Treiben an Bord des Dampfers, die norwegischen Schären, die Fjorde, die Lofoten, das Nordkap, die Mitternachtssonne, die norwegischen Küstenstädte und ihre Bewohner u. a. mehr, zogen nicht nur an Auge und Ohr vorüber, sondern ließen in den Anwesenden deutliche Vorstellungen dieses märchenhaften Landes entstehen. Was Frl. Nopper mit offenen Augen und feinem Empfinden erlebt hat, das wußte sie an diesem Abend vor ihren Zuhörern durch ihre mit Humor durchsetzten stimmungsvollen Ausführungen zu neuem Leben zu erwecken. Dem Dank der Erschienenen gab der 1. Vorsitzende des Vereins Herr Hauptlehrer Blum Ausdruck; gleichzeitig dankte er Herrn Professor Nopper, welcher die Vorführung der schönen Lichtbilder übernommen hatte.

Die Ziehung der badischen Jugendherbergslotterie

hat am Freitag, den 11. Dezember 1925, unter behördlicher Aufsicht stattgefunden. Entschieden ist nun, wer das transportable Schwarzwaldhaus, den Opelwagen, die Dreizimmereinrichtung gewonnen hat. Entschieden ist auch, wer sie nicht gewonnen hat. Viele enttäuschte Hoffnungen wird es da geben. Doch auch für diejenigen, welche gar nichts, auch nicht einmal einen bescheidenen 5 Mark-Gewinn, erhalten, hat der Weihnachtsmann doch noch etwas mitgebracht. Es sind das die zahlreichen und verschiedenartigen Reihengewinne in durchaus gediegener Qualität und in einem Werte von mindestens 75 Pfennige das Stück. Auch wurde bei der Auswahl der Reihengewinne Bedacht darauf genommen, daß den verschiedenartigen Interessen und Geschmacksrichtungen Rechnung getragen wurde. Die Freunde literarischer Stoffe finden eine Reihe schöner Bücher vor von Eichendorff, Möricke, Gottfried Keller, vor allem aber das vortreffliche „Schatzkästlein" unseres badischen Landsmannes Johann Peter Hebel in neuer und gut illustrierter Ausgabe. Der Kunstfreund wird durch Bilder in gutem Farbendruck, durch eine Serie Künstlerkarten, vor allem aber durch zwei Mappen „Badisch' Land" nach Walter Lilie, zufriedengestellt. Auch wer mehr auf praktische Gegenstände des alltäglichen Gebrauchs Wert legt, kommt auf seine Rechnung. Zehntausende von Messingtellerchen, Taschenmessern, Taschenscheren und Stickscheren gelangen zu diesem Zwecke zur Verteilung.

Der „Darmstädter Hof",

eine der ältesten und bekanntesten Gaststätten Karlsruhes (erbaut als solche im Jahre 1764) ist, nachdem er als Opfer der Inflation einige Zeit anderen Zwecken gedient hatte, gestern wieder nach einer gründlichen Renovierung im Innern als Gastwirtschaft eröffnet worden. Am Abend zuvor fand eine Besichtigung durch geladene Gäste, verbunden mit einer schlichten Eröffnungsfeier, statt. Der neue Eigentümer und Wirt des „Darmstädter Hof" ist Herr Wilh. Eberhard, der mit seiner Gattin etwa 12 Jahre lang mit großem Erfolg das „Rheingold" geführt hat. Der Neubau wurde geleitet von Herrn Architekt Otto Held, der es verstanden hat, in Verbindung mit den beteiligten Künstlern und Firmen, im Parterre des Hauses in einfachen Formen und Linien wirklich schöne und behagliche Räume zu schaffen, die rückhaltlose Anerkennung fanden. Herr Held gab vor der Besichtigung eine Darstellung des Umbaues, woran sich ein Rundgang durch das ganze Haus schloß. Im ersten Stockwerk sind die beiden Wirtsräume, von denen der größere einen besonders anziehenden Schmuck durch an der Täfelung angebrachte Aquarelle mit Motiven aus der Stadtgeschichte Karlsruhes aufweist; das Nebenzimmer schmücken sieben Gemälde Franz Wagners. Im zweiten Stock sind außer der Wohnung der Wirtsleute ein größeres und ein kleineres Gesellschaftszimmer untergebracht. An die Besichtigung schloß sich ein vorzüglich mundender kalter Imbiß mit würzigen Beigaben aus dem Keller des Hauses. Dabei wurden in mehreren Tischreden Herrn und Frau Eberhard die wärmsten Glückwünsche zu dem neuen Unternehmen ausgesprochen und dabei auch betont, daß die Umsicht und Solidität, die sie in der Führung des „Rheingold" bewiesen haben, auch die Gewähr für ein gutes Gelingen des neuen Unternehmens biete. Herr Direktor Madlener sprach für die Brauerei Schrempp-Printz; Herr Stadtrat Steinel für den Verkehrsverein; Herr Direktor Kitt vom Vorschußverein als Nachbar, Herr Redakteur Gerhard für die Presse. Herr Stadtv. Steinwarz drückte dem bauleitenden Architekten Herrn Held die verdiente Anerkennung aus. Herr Held übergab Herrn Eberhard nach altem Brauche ein Gästebuch. Das Kilian-Quartett vom Landestheater und Frau Eberhard selbst erfreuten die Gäste mit ausgezeichneten gesanglichen Darbietungen. Um 10 Uhr bewegte sich ein kleiner Fackelzug, den im „Rheingold" verkehrende studentische Korporationen bildeten, vom „Rheingold" nach dem „Darmstädter Hof", gefolgt von einer großen Anzahl bisheriger Gäste der Eberhardschen Wirtschaft, die die Räume des neuen Heims alsbald füllten und in gemütlicher Unterhaltung, die noch durch eine Ansprache des Herrn Verkehrsdirektor Lacher gewürzt wurde, noch einige Zeit beisammen blieben. Und nun glück...

Auswanderung nach Brasilien.

Von der Hauptstelle des St. Raphaelvereins in Hamburg wird uns geschrieben: In letzter Zeit mehren sich in erschreckender Weise bei uns die Nachrichten von Werbung für Südbrasilien. Es handelt sich dabei ausschließlich um offene oder ...

steckte Anwerbung von Arbeitern für die Kaffeeplantagen in Sao Paulo. Die Werbung geht von einem gewissen Frank in Amsterdam aus. Wohlweislich hält sich dieser Sklavenfänger vom deutschen Boden entfernt; nur zu bald würden die Behörden ihm da sein anrüchiges Gewerbe gelegt und ihn dahin gebracht haben, wohin solche Leute gehören: ins Gefängnis. Es ist unmöglich, in wenigen Sätzen zu beschreiben, welchen Enttäuschungen und endlosen Entbehrungen die Arbeiter auf den Kaffeeplantagen ausgesetzt sind. In einem tropischen Klima vom Morgengrauen bis in die Nacht für einen Hungerlohn arbeiten, das mögen vielleicht Neger und Südeuropäer aushalten, niemals aber deutsche Industriearbeiter oder Landleute, die ein menschliches Leben gewöhnt sind. So schlimm wie es in der Heimat auch gerade sein mag es ist nicht zu vergleichen mit dem, was an Opfern und Entsagungen wartet. Gewarnt seien auch alle Handwerker, die von Frank nach drüben gelockt werden, als würde er ihnen dort Arbeit verschaffen. Arbeit findet dort nur, wer in den Kaffeeplantagen sich durchhungern will. Es täusche sich auch keiner, als könne er leicht die Stelle verlassen und sich andere Arbeit suchen. Wer einmal drüben ist, ist durch seinen Vertrag gebunden und einfach verloren. In letzter Stunde warnen wir auf das ernstlichste vor diesem Menschenfänger!

Unfall.

Vorgestern abend wurde ein led. Elektromonteur von hier, in dem Augenblicke, als er vom östlichen Gehweg der Karlstraße durch die dort aufgestellten Autodroschken lief von einem aus Richtung Hauptpost kommenden Personenkraftwagen erfaßt und zu Boden geworfen, wobei ihm das Vorderrad über den linken Unterschenkel ging. Er trug eine Quetschung davon und wurde von dem Kraftwagenführer nach seiner Wohnung verbracht.

Veranstaltungen

Adolf Busch und Rudolf Serkin dürften die beiden einzigen Künstler in Deutschland sein, die es wagen können, 8 Tage vor Weihnachten in Karlsruhe ein Konzert zu geben. Der Alarmruf der Konzertdirektion Kurt Neufeldt hat gewirkt! Innerhalb von 12 Stunden haben sich mehr als 100 Personen für den 18. Dezember vormerken lassen, das dürfte wohl noch kaum bei anderen Gelegenheiten vorgekommen sein. Das Konzert ist also gesichert und wird kommenden Freitag abends 8 Uhr bestimmt im Eintrachtssaale stattfinden. Die reservierten Karten sind von Montag ab in der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, erhältlich.

Adolf Busch und Rudolf Serkin haben für ihr zweites diesjähriges Konzert, das kommenden Freitag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im Eintrachtssaale stattfinden wird, ein geradezu ideales Programm gewählt. Jeder der beiden Konzertgebenden wird Solonummern zum Vortrag bringen: Prof. Busch die große D-moll-Partita von Bach, mit der berühmten Chaconne als Schlußsatz, für Violine allein und Rudolf Serkin die hier noch nicht gespielten 6 Silhouetten von Reger. Zweimal spielen die beiden Künstler zusammen und zwar zum Anfang eine der schönsten Beethoven-Sonaten: die schwungvolle C-moll- und zum Schluß das prächtige Rondobrillant von Schubert. Die Konzertdirektion Kurt Neufeldt teilt uns mit, daß der Vorverkauf den Erwartungen entsprechend äußerst rege ist.

Sprechsaal

Wiederum die Reichsbahnverwaltung.

Ein sonderbarer Vorgang der Reichsbahnverwaltung. Bis jetzt war es nicht üblich, daß man den Pachtzins für landwirtschaftliches Pachtgelände auf ein Jahr im voraus bezahlen muß. Wenn eine Domänenverwaltung oder Standesherrschaft sich so etwas erlaubte, dann würden alle Volksvertreter im badischen Landtag dagegen Sturm laufen. Mit Recht würde man sagen, daß eine solche Anordnung eine ungehörige Zumutung gegen die kleinwirtschaftreibende Bevölkerung ist und es jeder guten Sitte widerspricht, Geld ohne Gegenleistung einzutreiben. Aber die Reichsbahnverwaltung macht es so, angeblich auf Anordnung von Berlin. Die Gesellschaft hat kurzer Hand angeordnet, daß der Pachtzins für 1926 jetzt schon, im November und Dezember 1925, den Pächtern im voraus in Abzug gebracht werden muß. Diese Pächter sind kleine Beamte und Eisenbahnarbeiter, die im Interesse ihrer Familie etwas Kleintierzucht betreiben oder Kartoffeln etc. anpflanzen. Die Not zwingt diese Leute, ihre sehr beschränkte Zeit dieser Arbeit zu widmen. Aber das läßt die Eisenbahnverwaltung kalt. Der Pachtzins wurde kurzerhand am 1. Dezember bei der Lohn- und Gehaltszahlung in Abzug gebracht und die meisten haben mit leeren Händen die Zahlstelle verlassen. Man nimmt ihnen etwas, wofür gar keine gegenseitigen Vereinbarungen bestehen. Das ist ein Verstoß gegen die guten Sitten. Es wäre angebracht, wenn die maßgebenden Stellen sich mit dieser Sache befassen würden, die weder üblich noch sittlich genannt werden kann.

Ein armer Teufel.

Für die Schulkinder-Weihnachtsbescherung

gingen bei uns ein:

Ungenannt 8 Mk., Ungenannt 2 Mk., Ungenannt 2 Mk. Ungenannt 50 Mk. Zusammen 57 Mark

Wir bitten höflich um weitere milde Gaben in bar oder auf unser Postscheckkonto 4844 Badenia A.-G. hier (Schulkinder-Weihnachtsbescherung). Wir bitten, die heutige Veröffentlichung zu beachten.

Die Geschäftsstelle des Bad. Beobachters.

Handel und Wirtschaft

Kursberichte

Berliner Dev.sen

	14. Dezember Geld	14. Dezember Brief	15. Dezember Geld	15. Dezember Brief
Amsterdam	168.54	168 96	168 62	168 94
Buen.-Aires	1.739	1.745	1 737	1 741
Brüssel	19 025	19.065	19 025	19.065
Oslo	8[illegible] 59	85.01	85 14	85.36
Kopenhagen	104 60	104.86	104.27	1[illegible]4.53
Stockholm	112 25	112.53	112 25	112 53
Helsingfors	10 545	10 585	10 545	10.585
Italien	16 92	16 96	16 92	16.96
London	20 342	20.392	20.34	20.39
New-York	4.195	4.205	4.195	4.205
Paris	15.05	15.09	15 09	15.03
Schweiz	80.87	81.07	80 87	81.07
Spanien	59.43	59.57	59 23	59 47
Japan	1.825	1.829	1.825	1.829
Rio deJaneiro	0.596	0.598	0.97	0.99
Wien	59 12	59.26	59.1555	59.[illegible]95
Prag	12.418	12.4 8	12 418	12.458
Jugoslavien	7 435	7.455	7 435	7.455
Budapest	873	5.895	5.875	5.895
Sofia	3 047	3.055	3.045	3.055
Lissabon	21 275	21.325	21.275	21.325
Danzig	80.05	80.85	80 68	80.88

Berliner Effekten

	14. XII.	15. XII.		14. XII.	15. XII.
5%Dt.Reichsanl.	21.75	22 25	Gaggenau	0.175	0.2
5% Pr. Konsols	0 23	0,225	Gelsenkirchen	8[illegible] 7/8	84.—
5% Bad. Kohle	8.22	8.25	Ges. f. el. Untern	89⅝	100.2
5% Pr. Roggen	4.20	4.08	Gritzner	80.5	80.75
5% Preuß. Kali	3.[illegible]5	3.75	Hammersen	75.25	75.3
Hapag	92	89.[illegible]	Harpener	97.[illegible]5	98
Nordd. Lloyd	95	91.75	Höchster Farben	109[illegible]	1[illegible]8.5[illegible]
Darmst. Bank	106.5	106.75	Holzmann	39.75	41¾
Dt. Bank	—	—	Karls. Masch	22.5	23.—
Disk. Kommandit	105.5	105	C. H. Knorr	46.	46.—
AEG Stamm	93.5	81.75	Kollm. Jourdan	2.25	—
Bad. Anilin	100 5	1[illegible]9	Köln Rottweil	82.5	82.⅝
Bad. Zucker	35.—	38.5	Leopoldsgrube	44 9	45.—
Bergmann	67.5	66.5	Mannesmann	—	27
Berl. Karls	51.25	[illegible]0⅞	Maximiliansau	75.—	75.—
Berdelius	18⅛	18.6	Neckarsulm	32.5	32.—
Dt. Lux	62⅞	62⅞	Oberbedarf	43⅞	42.25
Dt. Eisenbahns.	45	45.25	Orenstein	68	65.—
Dt. Kali	20.5	19.5	Phönix Bergbau	64.5	64⅞
Dynamit Nobel	83.5	8[illegible]⅞	Romb. Hütte	15	15.4
Elb. Farben	100.75	108.	Sinner	51.—	51
Els. Bad. Wolle	— —	25	Zellst. Verein	4[illegible].5	47.75
Fuchs Waggon	—	—	Cellst. Waldbof	85.5	84.—

Warenmärkte

Wein

Ein Pfälzer Weingut gegen eine lebenslängliche Rente einzutauschen.

Dürkheim. Ein in den 60er Jahren stehender Weingutsbesitzer im Unterland, der keine direkten Nachkommen hat, machte dem bayerischen Staate das Anerbieten, ihm und seiner Frau eine bestimmte lebenslängliche Rente zu gewähren und dafür sein Weingut in Besitz zu nehmen. Der Staat hat jedoch abgelehnt, desgleichen auch der Winzerverein, dem der Weingutsbesitzer einen ähnlichen Antrag mit den gleichen Voraussetzungen machte. Es heisst, die Bedingungen seien nicht befriedigend genug gewesen. Wie man hört, sind noch andere Güter preiswert zu haben. Das ist eine Folge der derzeitigen ungünstigen Wirtschaftslage.

*

Das Reich und die Winzer.

Vor einiger Zeit brachten wir die Nachricht, dass sich der Reichstag bei Beratung des Reichshaushaltsplanes u. a. auch mit Fragen, die den Weinbau angehen, beschäftigen wird. Die Notlage des deutschen Weinbaues hat schon des öfteren die massgebenden Stellen veranlasst, sich mit den Fragen zu beschäftigen, auf welche Weise dem Weinbau die Unterstützungen gewährt werden können. Das Reich hatte sich im Frühjahr dazu verpflichtet, für einen Kredit bis zu 30 Millionen Reichsmark die Ausfallbürgschaft zu übernehmen und die zur Verbilligung des Zinssatzes bis zu 4 Proz. herab erforderlichen Mittel zuzuschiessen. Es war vorgesehen, diesen Kredit mit 9½ Proz. zu verzinsen und zu 4 Proz. an die Winzer abzugeben. Von diesem Satze sollte 1 Proz. an die vermittelnde Genossenschaft abgehen, so dass vom Reiche ein Zinssatz in Höhe von 6½ Proz. zu tragen wäre. Die Regierung der Pfalz teilt nunmehr mit, dass solche Winzer, die noch keinen Winzerkredit in Anspruch genommen haben, nunmehr auf Antrag ein Darlehen erhalten können. Die Höhe dieser Darlehen richtet sich nach den Ausführungsbestimmungen nach der Grösse der von den Winzern bewirtschafteten, im Ertrag stehenden (d. h. mit Reben bepflanzten) Rebenflächen. Wieviel auf den Morgen (¼ Hektar) entfällt, kann erst nach Eingang sämtlicher Darlehensanträge gesagt werden. Die Regierung erklärt aber, dass der Betrag ganz wesentlich unter den früher gewährten Betrag von 120 Mk. je Morgen gehen wird. Die Darlehen sind wieder mit 4 Proz. verzinslich und werden gegen einfache Schuldscheine gewährt. Diejenigen Winzer, die einem Genossenschaftsverband angehören, stellen ihre Anträge bei der Genossenschaftskasse, die nicht organisierten Winzer bei einer öffentlichen Sparkasse. Die Anträge müssen bis zum 10. Januar 1926 gestellt sein. Bei der Antragstellung ist vom Bürgermeisteramt der Wohnsitzgemeinde eine Bescheinigung über die Grösse der vom Winzer bewirtschafteten, im Ertrage stehenden und nicht im Ertrage stehenden Rebenanbaufläche mitzubringen. Die Formulare hierüber werden vom Bürgermeisteramt unentgeltlich abgegeben.

*

Die Lage der Brauindustrie.

Die nasskalte Witterung der letzten Wochen hat den im Winter üblichen Rückgang des Geschäfts noch wesentlich verschärft. War auch das Sommergeschäft befriedigend, so ist doch die Lage der Brauindustrie schwierig, weil zur Zeit die Eindeckung der Rohstoffe vorgenommen werden muss und die Reichsbank an Kreditheinschränkung festhält. Auch leidet das Geschäft weiter unter der steigenden Arbeitslosigkeit. Von grosser Bedeutung für die Brauindustrie wird die bevorstehende Abstimmung im Reichstag in der Frage des Gemeindebestimmungsrechts sein. Die Einführung des Gesetzes würde nicht nur für die Brauereien, sondern auch darüber hinaus für viele andere Gebiete von unabsehbaren Folgen sein. Gegenüber der Kündigung des Rahmentarifs durch die Arbeitnehmer auf den 31. Dezember ds. Js. halten die Arbeitgeber eine Verlängerung seiner Geltungsdauer mit Rücksicht auf das zu erwartende Arbeitszeitgesetz für angebracht.

Holz

Besteuerung des Waldes.

Gemäss einem Beschluss des badischen Landtags ist vom Finanzministerium angeordnet worden, dass für das Rechnungsjahr 1925 die staatlichen Grundsteuerbeträge, welche auf die Erhöhung der Waldsteuerwerte nach § 16 Abs. 2 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes entfallen, von Amts wegen bei den um 80 Proz. erhöhten Waldsteuerwerten allgemein um die Hälfte und bei den übrigen Waldsteuerwerten ganz nachgelassen und vorerst bis zur endgültigen Veranlagung zinslos gestundet werden. Den Gemeinden wurde durch Erlass vom Ministerium des Innern empfohlen, auf Antrag der Steuerpflichtigen die Steuer aus Waldbesitz, so weit die Erhöhung der Waldsteuerwerte nach § 16 Abs. 2 des genannten Gesetzes nicht als unbillige Härte darstellt, tunlichst im gleichen Umfange wie das Land nachzulassen. Waldbesitzer, die von diesem Erlass keine Kenntnis erhalten und daher einen Antrag bei der Gemeinde auf Nachlass ihrer Gemeindeumlagen nicht stellen werden, gehen der steuerlichen Vergünstigung verlustig. Die Gemeindeverwaltung soll dadrüber zu befinden haben, ob die Erhöhung der Waldsteuerwerte sich als eine unbillige Härte darstellt. Den Gemeinden kann die allgemeine Ermässigung der Gemeindeumlagen in dem strittigen Falle nicht vorgeschrieben werden. Die Badische Landwirtschaftskammer hat deshalb bei dem badischen Landtag beantragt, dass die Ermässigung der Waldsteuerwerte (Erlass aus Billigkeitsgründen) im Grund- und Gewerbesteuergesetz selbst verankert wird.

Vom Holzmarkt.

In allen Forstterminen zeigt sich die Zurückhaltung der Sägewerksindustrie, die nicht geneigt ist, wie im Vorjahre, sich in Abenteuer zu stürzen und Preise für Rohholz zu zahlen, die der trüben Marktlage nicht entsprechen. Darüber muss man sich klar sein, dass die Verhältnisse in der Holzwirtschaft zur Zeit ungünstig liegen, und dass einstweilen eine Besserung nicht in Aussicht steht. Während das Holzgewerbe bis zum September von nennenswerten Insolvenzen verschont blieb, ist seitdem mancher Zusammenbruch eingetreten, den man nicht erwarten konnte. Vor allem sind rheinländische und westfälische Firmen, die engen Zusammenhang mit der Industrie hatten, notleidend geworden, und in allerletzter Zeit hatte der ostdeutsche Holzmarkt einige schwere Zusammenbrüche zu beklagen. Augenblicklich ruht der Umsatz so gut wie ganz. Nicht einmal die sonst üblichen Ergänzungskäufe werden vorgenommen. Die Möbeltischlereien, die noch zu tun haben, zehren von ihren alten Vorräten und die Industrie kann nichts kaufen, weil es ihr an Aufträgen und an Geld fehlt. Die Preise für Schnittholz sind durchschnittlich um 10 v. H. zurückgegangen, das bessere Holz hat weniger Preiseinbussen erlitten, als das geringwertigere. Sehr ungünstig liegt der Schwellenhandel. Das Eisenbahnzentralamt beabsichtigt demnächst Schwellen zu kaufen, aber es wird sich nur um beschränkte Mengen handeln. Auslandsschwellen sollen beim Einkauf zunächst ganz ausgeschaltet werden. Das Geschäft in Telegraphenstangen und Masten ruht. Die Reichspostverwaltung will nichts kaufen, die Ueberlandzentralen möchten hier und da kaufen, haben aber keine Mittel. In den Laubholzterminen der Staatsforsten ist die Zurückhaltung besonders gross. Vielfach erscheinen nur Neugierige, aber keine Bieter. Auch Erle ist nicht mehr so gefragt wie im Herbst. Aus Wolhynien werden grössere Mengen Roherlen zum Versand mit der Bahn angeboten, aber es kommt nur zu geringen Abschlüssen.

*

Langenbrücken bei Bruchsal. Zu der ersten Holzversteigerung hatten sich zahlreiche Interessenten eingefunden. Es wurde auch reichlich geboten, so dass die erzielten Preise als recht hoch anzusprechen sind. Wurde doch durchschnittlich der Ster mit 17—18 RM. bezahlt, wobei aber noch zu berücksichtigen ist, dass das Holz kein schweres war.

Für die Aufwertungsfragen sehr wichtig:
Dollar und **Goldmark**
Vergleichende Tabelle Januar 1919 bis Dezember 1923 zusammengestellt
Preis 50 Pfennig.
Badenia A.-G. für Verlag u. Druckerei Karlsruhe.

Qual. Schlafzimmer
Küchen
Schreibtische
finden Sie in größter Auswahl zu billigen Sonderpreisen (Teilzahlung).
Spezialvertrieb eichener Möbel
E. Schweitzer
Mühlburg, Lamehstr.51

Erwerben Sie keine Sprechmaschine ohne ULTRAPHON vorher gehört zu haben!!!
—PREISE:—
Modell I mit Federwerk .... ℳ 445.—
Modell II mit eingebautem „Original-Elektromophon-Motor“ ℳ 490.—
Generalvertretung für die Kreise Karlsruhe, Pforzheim, Baden-Baden, Offenburg, Bruchsal, Bretten Rastatt etc.
Fritz Müller
Musikalienhandlung
KARLSRUHE
Kaiserstraße, Ecke Waldstraße — Telefon 388.
Unter Vertretungen sind noch einige Bezirke zu vergeben.

Karlsruher Standesbuchauszüge

Todesfälle. 14. Dez.: Frieda Müller, Ehefrau von Adolf Müller, Zementeur, 52 Jahre alt; Mathilde Greve, Ehefrau von Karl Greve, Gärtner. 70 Jahre alt. — 15. Dezember: Marie Blum, Witwe von Dr. Cäsar Blum, Geh. Hofrat, R.-Anwalt. 73 Jahre alt; Albin Hofmann, Ehemann, Musiklehrer, 57 Jahre alt.

Badische Landeswetterwarte

Allgemeine Witterungsübersicht. In Baden ist die Temperatur gegen gestern früh weiter gesunken (Karlsruhe —8 Grad, Feldberg —9 Grad). Das Tagesmittel, das vorgestern noch annähernd normal war, lag gestern fast 4 Grad unter dem normalen Wert. Die Niederschläge (1—10 l/qm) fielen durchweg als Schnee. — Die Reste des Tiefdruckgebietes über der Ostsee sind nach Polen gezogen. Von Schweden ergießt sich kalte Luft nach Norddeutschland bei steigendem Luftdruck. Die bei Spitzbergen liegende Depression erstreckt ihren Wirkungsbereich bis Schottland und hat auch für uns Bedeutung, da sie den Zustrom polarer Luft aus Nordwesten abschneidet. Die von Norddeutschland vordringende Kaltluft und Ausstrahlung bei klarem Nachthimmel wird aber trotzdem zu einer weiteren Verschärfung des Frostes führen. Druckstörungen über Ostfrankreich und Oberitalien bringen heute und morgen früh, besonders in Südbaden, noch Schneefälle.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 16. Dez.: Hauptsächlich Südbaden und Schwarzwald noch Schneefälle, dann langsam aufheiternd, Zunahme des Frostes, nördliche Winde.

Schneeberichte vom 15. Dezember 1925.

Feldberg: 110 Ztm., Pulverschnee, —9 Grad, leichter Südwind, Nebel, Skibahn sehr gut.

St. Blasien: 46 Ztm., nasser Neuschnee, —4 Grad, Schneefall, Skibahn gut.

Hinterzarten: 20 Ztm. Neuschnee, —5 Grad, Skibahn vorzüglich.

Wildbad (Sommerberg): 10 Ztm., Neuschnee, reichlichem Altschnee, minus 5 Grad Celsius, Himmel bedeckt, leichter Schneefall, Skibahn ausgezeichnet bis ins Tal; prachtvolle Rodelbahn.

Wasserstand des Rheins am 15. Dez., morgens 6 Uhr: Schusterinsel 65, gef. 5; Kehl 170, gef. 10; Maxau 365, gef. 8; Mannheim 238, gef. 22 Zentimeter.

Herausgeber und Verleger: Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei, Direktor Wilhelm Johner, Karlsruhe i. B., Hauptschriftleitung: J. Th. Meyer. Verantwortlich für Nachrichtendienst, innere Politik und Handelsteil: Dr. Willy Müller-Reif, für auswärtige Politik und Feuilleton: Dr. H. A. Berger, für Anzeigen u. Reklamen: Joseph Huber, sämtliche in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Rotationsdruck der Badenia, A.-G.
Sprechstunde der Redaktion nur 5—6 Uhr. Außer dieser Zeit nur auf telephonischen Anruf.
Berliner Redaktion:
Joh. Hoffmann, Berlin NW 23, Brückenallee 18.

Amtliche Anzeigen.

Maul- und Klauenseuche in Friedrichstal betr.

In Friedrichstal ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen

Sperrbezirk ist die ganze Gemeinde.

Beobachtungsgebiet sind die Gemeinden Blankenloch und Spöck.

Die **Gefahrenzone** umfaßt alle Gemeinden des 15 km Umkreises.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1925.

Bezirksamt Abt. II b.

Einkommensteuervorauszahlungen.

Denjenigen Steuerpflichtigen, deren Wirtschaftsjahr in der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1925 abschließt, das sind in der Hauptsache die Landwirte, sind die Steuerbescheide zugestellt worden. Pflichtige dieser Art, die keinen Steuerbescheid bekommen haben, brauchen keine weiteren Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer zu leisten, sofern ihnen nicht etwas anderes mitgeteilt wird.

Diejenigen Steuerpflichtigen dagegen, deren Wirtschaftsjahr erst in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1925 abläuft, also insbesondere auch alle diejenigen, bei denen das Kalenderjahr auch gleichzeitig das Wirtschaftsjahr ist, haben die Vorauszahlungen nach den bisherigen Vorschriften weiter zu leisten. 10788

Karlsruhe, den 14. Dezember 1925.

Die Finanzämter Stadt und Land.

Konkursverkauf.

Geräumiges Anwesen in bester Geschäftslage Ettlingens, in welchem jahrzehntelang ein Baugeschäft betrieben wurde, geeignet auch für jeden anderen Geschäftsbetrieb, mit 2stöckigem Wohnhaus, Einfahrt, Stall, Schopfen und größerem Garten, wird dem freihändigen Verkauf ausgesetzt. Nähere Auskunft erteilt Rechtsanwalt Dr. Diefenthäler in Ettlingen.

Nadelrundholz-Verkauf.

Bad. Forstamt Pforzheim verkauft freihändig aus den Staatswaldbdistrikten I „Hagenschieß" und II „Halde" etwa 2900 fm Tannen u. Fichten sowie 50 fm Forlen Stammholz und Abschnitte in kleineren Losen. Schriftliche Angebote sind bis spätestens **Montag, den 21. Dezember d. J. früh 10 Uhr**, bei dem Forstamte, von welchem nähere Auskunft und Listenauszug erteilt wird einzureichen. 1533

Karlsruher Kohlenhandels-Gesellschaft m. b. H. 10610
Wilhelmstrasse 8 Telef. 3203
liefert sämtliche
Brennmaterialien
unter Zusicherung bester Bedienung.

Diwandecken
Gobelin von Mk. 13.— aufwärts
Tischdecken
Gobelin von Mk. 10.— aufwärts
Reisedecken
in eleganter Ausführung von Mk. 11.50 aufw.
Ia Kokosläufer
aus garantiert reinen Cocosfasern von 3.50 an
Teppichhaus Huber, Kaiserstr. 235.
Keine Ladenspesen (bei der Hirschstr.)

Emil Kley
Erbprinzenstr. 25
Wäsche
Tricotagen
Schürzen
Taschentücher
Strümpfe
Socken, Garne
Kurzwaren

Piano
von Mk 900.— an
Sprechapparate,
große Auswahl best. Fabrikate wie von Homocard, Juwa, Odeon, Hymophon usw. Sprechapp. von Mk. 25 an, Platten von Mk. 2.50 an.
Violinen von Mk. 10, Cello von Mk. 65, Mandolinen v. Mk 10, Gitarren v. Mk. 15, Lauten v Mk 25, Zithern, Ziehharmonikas, Blasinstrumente sowie sämtliche andern Instrumente und Bestandteile billigst.
Musikhaus Halter, Kaiserstraße 14.
Günstige Zahlungsbedingungen. 10734

Das **Materialamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe** versteigert öffentlich gegen Barzahlung **Fundsachen** vom 3. Vierteljahr 1925 und unabdringliche **Frachtgüter** darunter goldene und silberne Damen- u. Herrenuhren, Schmucksachen, Ferngläser, Zielfernrohre, Photoapparate, Musikinstrumente, Herrenfahrräder, am 17., 18 u. 23 Dezbr 1925, vorm. 8 Uhr und nachm 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eing Marxbahnhof). Die besonders genannten Gegenstände werden am 17. Dezember 1925 von 10 Uhr vormittags an ausgeboten.

Flügel Pianos Harmoniums
nur auserles. Fabrikate empfiehlt in groß. Auswahl sehr preiswert auch bei Zahlungserleichterungen 10672
Heinr. Müller
Klavierbauer
Schützenstraße 8
(nächst d. Ettlingerstr.)
Aeltere Instrumente werden in Zahlung genommen. 10672
Gleichzeitig empfehle ich mein reichhaltiges Lager in
Sprechapparaten u. Schallplatten aller Art.
Reparaturen werden bei billigster Berechnung ausgeführt

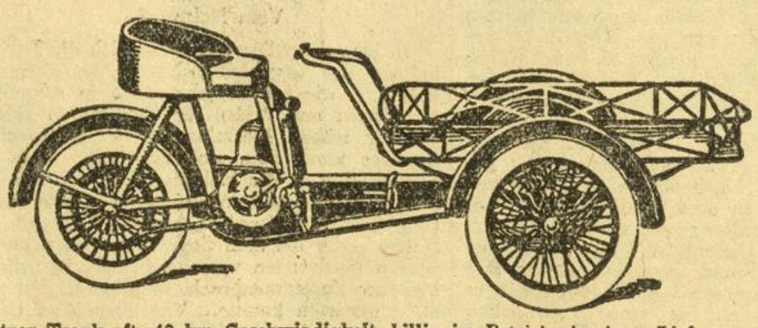
Photo's
für
Pässe, Fahrkarten und Offerten
schnellstens 606
Rausch & Pester
Photogr. Atelier
Erbprinzenstraße 3

Kaufe
Lumpen, Altpapier Reder und Speicherkram. 7594
Philipp Weniger,
Schwerkriegsbeschädigt
Blücherstr. 3

Büglerin
mit guten Empfehlungen für Glatt- u. Stärkewäsche ins Haus geh. Näh. Geschäft ds. Bl.

DIE NÄHMASCHINE
der
„PATRONENFABRIK"
Wir haben den Verkauf der
BERKA NÄHMASCHINE
eines erstklassigen Erzeugnisses der hiesigen
Berlin-Karlsruher Industrie-Werke A.-G., früh. Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken
aufgenommen
Besichtigen Sie unser Schaufenster - Kaiserstraße Nr. 81
Für das Weihnachtsgeschäft gewähren wir besondere Zahlungserleichterungen
Die „BERKA-Nähmaschine" ist das für jedermann erschwingliche Weihnachts-Geschenk in vornehmster Ausführung
NORDISCHE STAHL-GESELLSCHAFT M.B.H.
Kaiserstrasse 81.

EIBACH „DKW" Motordreirad Lieferungswagen



4 Zentner Tragkraft, 40 km Geschwindigkeit, billig im Betrieb, der beste Lieferwagen für den Geschäftsmann. Steuerfrei, führerscheinfrei; Preis RM. 1250
Kaiserstr. 172. **THEODOR LEEB** Telefon 1726.

Vergessen Sie nicht
sich für
1926
sofort den
Sankt Konrads-Kalender
zu kaufen!
Preis **60** Pfg.
Badenia
A.-G. für Verlag und Druckerei
Karlsruhe.

Daniels Konfektionshaus
Karlsruhe, Wilhelmstr. 36, 1 Tr.
Nähe Hauptbahnhof
Sämtliche
Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleider, Kasacks, Westen, Pelze
sind im Preise teilweise
bis zur **Hälfte herabgesetzt**
Der weiteste Weg lohnt sich
Keine Ladenspesen
An Sonntagen vor Weihnachten ab 11 Uhr offen

Kinder-Sprechapparate
Die grösste Freude haben die Kleinen beim Klang der bekannten Weihnachts- und Kinderlieder
Pygmiphon mit 2 Stück nur Mk. 6.—
Bingophon, spielt eine 25 cm Platte durch . . . . Mk. 15.—
Versand nach Auswärts nur unter Nachnahme.
Fritz Müller
Musikalienhandlung
Engros Alleinvertrieb für Baden
Vertreter gesucht 10702

Durch den lebhaften
Weihnachts-Verkauf
haben sich in allen Abteilungen viele Hundert
Reste
angesammelt, die vom 16. bis 18. Dezember
Mittwoch / Donnerstag / Freitag
zur Hälfte des regulären Wertes
abgegeben werden. — Es handelt sich um Herren- und Damen-Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Bettbezug- und Wäschestoffe, Gardinen, Möbelstoffe, Läuferstoffe etc.

Gleichzeitig kommen in den verschiedenen Abteilungen nachstehende, außergewöhnlich
Billige Restbestände
zum Verkauf.

2 Serien Velour de laine	100/130 cm breit Mtr. Mk. 5.75	4.90
H'wollkleiderstoffe	90 cm breit, Mtr. Mk. 1.60	1.25
Reinw. Homespuns	130 cm breit Mtr. Mk.	4.75
2 Ser. Anzugstoffe	140 cm br., Mtr. Mk. 3.75	2.75
Karierte Waschseide	100 cm breit. Mtr. Mk.	3.90
Kleider-Velour	Ser I -.70 Ser. II -.95	Ser. III 1.10
Blusen- und Sport-Flanell	Serie I —.70 Serie II —.95	Serie III 1.20
Jute- u. Haargarn-Läufer	70/90 cm breit Mtr. Mk. 4.95	3.85
Inlaid-Linoleum, Läufer	70/100 cm breit Mtr. Mk. 6.20	4.20

Kokos-Läufer	90 cm	100 cm	120 cm	200 cm
	4.30	4.70	5.—	9.50

W. Boländer

Axminster
Teppiche
bekannt sächsische Qualität

ca. 250/350	ca. 200/300	ca. 165/235
Mk. 125.—	82.—	56.—

90/180 **Verbinder** Mk. 26.— **Bettvorlagen** Mk. 8.25
Keine Ladenspesen, daher so billig
Teppichhaus Huber Kaiserstr. 235
an der Hirschstrasse 10636

Ski-Stiefel handzwiegenäht kaufen Sie äußerst billig
Schuhhaus Götz, Schützenstr. 44

Praktische Weihnachts-Geschenke
Sofakissen. Fusskissen. Sitzkissen Wäschebuffs empfiehlt in grosser Auswahl
E. Burger
Dekorations- und Polstergeschäft
Waldstrasse 89 Telefon 2317

Praktisch. Weihnachts-Geschenk
in
Hemden, Schürzen, Kleider, Bett- und Tischwäsche, sowie schöne **Hand-Filetdecken**
zu billigen Preisen im
Resten-Geschäft
Viktoriastrasse 10. 10676

Sie speisen
Mittags und Abends
in bekannter Güte für 80 Pf. u. 1 Mk. oder nach der Karte zum gleichen mässigen Preis in der
Reform-Gaststätte u. Familien-Kaffee
Kaiserstrasse 56, 1 Treppe.
Nachmittags 10800
feinster Kaffee, Schokolade usw., große Auswahl in Torten und Kuchen, sehr preiswert, mit **Radio-Konzert.** Freier Eintritt.

Baumaterialien-Grosshandlung
Julius Graf & Cie. G. m. b. H.
Tel. 1926 **Karlsruhe** Grünwinklerstr. 6
Alle Sorten Baustoffe
Dyckerhoff Cement, Wiesloch, Dachziegel Hourdis, feuerfeste und Chamotte Steine. Asphalt und Dachpappen usw., Steinzeugröhren, Cementröhren, alle Kanalis.-Artikel
Ausführung von Plattenarbeiten
alle Sorten **Boden- u. Wandplatten** für Hausgänge, Küchen, Bäder, Restaurants, Läden. Kühlanlagen, Fabriken, Kirchen, Schulen.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 16. Dezbr. 1925
* C 11, Th.-Gem 501—600
Fidelio
Oper von Beethoven
Musikal. Leitg.: Dr. H. Knöll
In Szene ges. von O. Kraus.
Personen:
Don Fernando Schuster
Don Pizarro Barth
Florestan Strack
Leonore Brügelmann
Rocco Dr. Wucherpfennig
Marzelline Jocelich
Jacquino Siegfried
Staatsgefangene Kalnbach, Grötzinger
Anfang halb 8 Uhr
Ende nach 10¼ Uhr.
Sperrsitz 1. 8.40 Mk.

Ueber & Lechleiter
Päpstl. Hoflieferant.
wohlfeile 2386
Pianos
Günstige Zahlungsbedingungen
Alleinige Niederlage
H. Maurer
Kaiserstrasse 176
Ecke Hirschstrasse.

1 Polsterrost, steil. Seegrasmatratze mit Wollauflage, 1 vollst. Plüschgarnitur, Vertiko und Spiegel abzug. Kriegsstraße 143 III bei der Eisenlohrstr 10794

Chaiselongues
neu, gut beard. v 35.— an
Köhler Schützenstr. 25

Kanarienvögel
Tag- und Lichtsänger empfiehlt 8962
L. Jäger,
Amalienstraße 241
Versand nach auswärts.

Privat
Tanz-Lehr-Institut Vollrath
Ludwigsplatz 25, II.
Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht
Anmeldungen erbeten